

Entwicklungsforum Bangladesh e.V.



উন্নয়ন ফোরাম বাংলাদেশ

Seminarbericht

**Klimapolitik in den Entwicklungsländern
nach der Klimakonferenz von Paris 2015**

30. September bis 17. Oktober 2016

Entwicklungsforum Bangladesh e.V.
(Development Forum Bangladesh)

Rodigallee 276 a, 22043 Hamburg
Tel.: 040 – 654 91 599, Fax: 040 – 66 85 40 38, infoewf@yahoo.de
www.entwicklungsforum-bangladesh.org

Impressum

Herausgeber: Entwicklungsforum Bangladesch e.V.
Text und Übersetzung: Laura Bultmann
Bearbeitung: Till Bornemann
Fotos: Selina Sheikh

30. Oktober 2016

Organisation

Adel Kazi (1. Vorsitzender), Dr. Staya Bhowmik (stellvertretender Vorsitzender), Ramzan Sheikh (Schatzmeister), Dr. Mustapha Akram (beratende Funktion), Hasnat Bulbul (Auslandskorrespondenz und Übersetzung), Selina Sheikh (Kamera) und Till Bornemann (Website)

Adresse

Entwicklungsforum Bangladesh e.V.
Rodigallee 276a
22043 Hamburg,
Tel. 040 - 67 50 32 30, Fax: 040 - 668 540 38
E-Mail: infoewf@yahoo.de
Internet: www.entwicklungsforum-bangladesh.org

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.

Veranstaltet mit finanzieller Unterstützung durch:



Inhaltsverzeichnis

Impressum	2
Inhaltsverzeichnis	3
Vorwort	4
Teil I: Prima Klima? Die Klimapolitik zwischen dem Pariser Klimagipfel 2015 und dem Treffen der G20 in Hamburg 2017.....	5
Einleitung und Programmübersicht	6
Begrüßung	7
Zusammenfassung der Ergebnisse der Klimakonferenz von Paris 2015	8
Wer hat welchen Einfluss? Über das Kräfteverhältnis in der internationalen Klimapolitik	10
Podiumsdiskussion	12
Teil II: Was nun? Die Ergebnisse der Pariser Klimakonferenz 2015 und ihre Konsequenzen für die Entwicklungsländer	15
Einleitung und Programmübersicht	16
Begrüßung	17
Klimawandel und die Entwicklungsländer mit Blick auf die Küstenregionen am Beispiel Bangladesch	18
Klimawandel und die Entwicklungsländer mit Blick auf die Küstenregionen am Beispiel Indiens ..	20
Globale Gefahr geht lokal: Partizipation und Engagement von NGOs und der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung des Klimawandels in Bangladesch	21
Podiumsdiskussion	22
Ergebnisse der Arbeitsgruppen	24
Arbeitsgruppe 1: Erneuerbare Energien als Instrument zum Klimaschutz? Wie kann dies realisiert werden?	24
Arbeitsgruppe 2: Wie können die Lebensbedingungen der Menschen an die Klimaveränderungen angepasst werden	26
Fotoausstellung	27
Teil III: Klimaschutz und Klimaflucht	28
Einleitung und Programmübersicht	29
Klimawandel, Migration und Konflikte am Beispiel Ostafrika	30
Dank und Auswertung der Veranstaltungsreihe	32
Anlagen	34
Die Referenten und Moderatoren	34
Weiterführende Informationen	38
Grafik Netzwerkanalyse	39
Climate Displacement in Bangladesh: Comprehensive Rehabilitation required for right based solutions for displaced persons	40
Klimawandel, Migration und Konflikte am Beispiel Ostafrika	49
Vorstellung des Entwicklungsforum Bangladesh e.V.....	53

Vorwort

Die diesjährige Veranstaltungsreihe des Entwicklungsforum Bangladesh e.V. (EFB) stand ganz im Zeichen der Klimaherausforderungen des 21. Jahrhunderts. Diese können sowohl global, wie auch mit Blick auf die Länder des globalen Südens betrachtet werden. Bangladesch, am Golf von Bengalen gelegen, liegt mitten im Zentrum der vom Klimawandel akut und am stärksten betroffenen Länder. Als gemeinnütziger Verein in Hamburg war es dem EFB möglich, die Klimaherausforderungen kritisch zu thematisieren und kühne Wege aus der Klimakrise zu debattieren.

Vor nunmehr über 20 Jahren wurde der Grundstein der internationalen Klimaabkommen gelegt. 1995 beschlossen die Vertragsstaaten auf der ersten COP (Conference of the Parties, Vertragsstaatenkonferenz) in Berlin, ein Grundsatzprotokoll zu verfassen, auf dem die folgenden Klimaprotokolle aufbauen sollten. 1997 wurde in Kyoto das heute historische Kyoto-Protokoll verabschiedet. Weitere Protokolle und COPs folgten in jährlichen Abständen. Maßgeblich war während der Gültigkeit des Kyoto-Protokolls, dass Schwellen- und Entwicklungsländer von Klimaschutzabgaben verschont blieben und einen freiwilligen Beitrag leisten konnten. Diese Unterscheidung zwischen „armen“ und „reichen“ Ländern wurde im Pariser Abkommen 2015 erstmals aufgehoben. Zudem bleibt die COP 21 als eine mehr ergebnisorientierte Klimakonferenz in Erinnerung, was ihr den Beinamen „Meilenstein“ eingebracht hat. Rund ein Jahr nach dem Übereinkommen von Paris und einen Monat vor der nächsten Vertragsstaatenkonferenz in Marrakesch fand die diesjährige Seminarreihe des EFB statt. Sie gliedert sich in diesen weltpolitischen Rahmen ein, wohl aber mit dem Ziel, eigene Impulse zu setzen und die von Klimaveränderungen bedrohten Länder stärker in den Fokus der Debatte zu rücken.

Die Veranstaltungsreihe gliederte sich in drei Teile, die im September und Oktober 2016 stattfanden. Den Auftakt bildete eine Diskussionsrunde im Saal der GLS Bank Hamburg. Darin wurden vornehmlich die Ergebnisse der Klimakonferenz in Paris resümiert und der Beitrag des Lands Hamburg zum Klimaschutz beleuchtet. Das ganztägige Seminar im Saal des Rudolf-Steiner-Hauses Hamburg lenkte den Blick auf den globalen Süden anhand von Länderbeispielen aus Bangladesch, Indien und Ghana. Drei Input-Vorträge und zahlreiche Redebeiträge stellten die Grundlage für zwei Arbeitsgruppen dar, in denen zwei Visionen im Hinblick auf die Klimarettung in den Entwicklungsländern erarbeitet und debattiert wurden. Eine Fotoausstellung mit dem Titel „Mensch, Klima, Umwelt“ schaffte einen visuellen Rahmen für das Seminar. Sie verdeutlichte auf eindrückliche Weise die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen und die Umwelt in Bangladesch. Einige Themen der vorangegangenen Veranstaltungen wurden auf einem kurzen Seminar mit anschließender Podiumsdiskussion in der Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. erneut aufgegriffen. Als neue Aspekte wurden die Herausforderungen an Küstenregionen im Klimawandel und klimabedingte Migration in Ostafrika thematisiert.

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse der Veranstaltungen im Herbst 2016 zusammen. Er soll diese vielseitige Veranstaltungsreihe festhalten und exemplarisch die Bemühungen kleiner Vereine und Initiativen in globalen Fragen dokumentieren.

Laura Bultmann für das Entwicklungsforum Bangladesh e.V.
Hamburg, den 30. Oktober 2016

Teil I

Prima Klima?

Die Klimapolitik zwischen dem Pariser Klimagipfel 2015 und dem Treffen der G20 in Hamburg 2017

Freitag, 30.09.16 | 17 – 20 Uhr

GLS Bank, Düsternstraße 10, 20355 Hamburg

Einleitung:

Jede Woche erreichen uns Nachrichten über drastische Klimaveränderungen, die Menschenleben kosten und die Zahl der Klimaflüchtlinge erhöhen. Die westlichen Länder haben einen großen Beitrag zum menschengemachten Klimawandel geleistet. Die Hauptlast trifft aber die armen Länder dieser Welt, wie zum Beispiel Haiti, die Philippinen, Pakistan oder Bangladesch. Reichen freiwillige Abkommen, wie das Abkommen von Paris? Oder müssen beim Treffen der G20 im kommenden Jahr in Hamburg mehr konkrete Schritte vereinbart werden? Wir wollen eine Zwischenbilanz ziehen und uns kritisch mit dem Status quo auseinandersetzen. Außerdem fragen wir nach dem Klimaplan unserer Stadt Hamburg.

Programmübersicht: 30. September 2016

- 17:00 Uhr Begrüßung durch die Veranstalter
- 17:15 Uhr Zusammenfassung der Ergebnisse der Klimakonferenz von Paris 2015
Michael Liebert, Klimaschutzstiftung Hamburg/Gut Karlshöhe
- 17:30 Uhr Klimagerechtigkeit nach Paris - Was nun geschehen muss
Lili Fuhr, Referentin Internationale Umweltpolitik, Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg
- 17:45 Uhr Wer hat welchen Einfluss? Über das Kräfteverhältnis in der internationalen Klimapolitik.
Dr. Barbara Saerbeck, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der FU Berlin
- 18:00 Uhr Pause zum gemeinsamen Austausch
- 18:20 Uhr Podiumsdiskussion und anschließende Publikumsdiskussion: Was bedeutet das Pariser Abkommen für die Weltgemeinschaft, insbesondere für die Entwicklungsländer? Welche Handlungsverpflichtungen haben die Länder?
Leitung: Dr. Delia Schindler, Zukunftsrat Hamburg
- 20:00 Uhr Ende der Veranstaltung – kleiner Umtrunk mit Snacks

Begrüßung

Dr. Satya Bhowmik, stellv. Leiter, Entwicklungsforum Bangladesh e.V.



Der stellvertretende Leiter des Entwicklungsforum Bangladesh e.V. (EFB) eröffnete die Veranstaltungsreihe mit einer persönlichen Stellungnahme. Dr. Bhowmik sprach über die Auswirkungen des Klimawandels auf sein Geburtsland, das vom Klimawandel stark betroffen ist. Die Folgen sind Überschwemmungen, Wasserknappheit, Dürren und Wirbelstürme. Expertenmeinungen verlauten, wenn die internationale Staatengemeinschaft es nicht schafft, die Erderwärmung auf 2 Grad zu reduzieren, würden in einem Land wie Bangladesch in den nächsten 30-40 Jahren 20-30 Millionen Menschen obdachlos werden. Bangladesch könne diesen Menschen keinen Schutz bieten. Indien hat das Problem erkannt und bereits Zäune an

seiner Ostgrenze gebaut, um künftige Klimaflüchtlinge bereits im Vorfeld an der Flucht nach Indien zu hindern.

Dr. Bhowmik ist der Meinung, die heutige Flüchtlingskrise in Europa sei nur ein Vorgeschmack auf eine globale Klimaflüchtlingsbewegung und zitiert dabei die Worte eines bangladeschischen Klimaexperten: Der Westen erkennt die Klimakrise nur, wenn Klimaflüchtlinge auch nach Europa kommen und „mit ihren dreckigen Füßen auf euren Teppichen stehen“. Die offizielle Stellungnahme von Bangladesch zum Klimawandel lautet, das Land sei nicht Verursacher sondern Opfer des Klimawandels und sollte deswegen von der Weltgemeinschaft für die Klimaschäden in seinem Land entschädigen werden. Das ist eine schwierige Forderung. Denn Bangladesch muss auch ein hohes Maß an Selbstverantwortung tragen und zum Beispiel unkontrollierte Gewässerverschmutzung vermeiden, Energie in Waldaufforstung investieren und insbesondere den Neubau von einem Kohlekraftwerk in einem Naturschutzgebiet verhindern. Doch Klimaschutz ist ein heikles Thema in Bangladesch, noch heute werden Aktivisten bedroht und eingeschüchert. Den Abschluss dieser Einleitung bildete ein freies Zitat aus der Umweltbewegung in Bangladesch: „Nicht die Natur braucht uns, wir brauchen die Natur“.

*Karin Heuer, Geschäftsführerin Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.,
Zukunftsrat Hamburg*



Bevor Herr Liebert das Wort ergriff, nutzte Karin Heuer, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung und Mitglied des Zukunftsrat Hamburg die Gelegenheit, selbst ein paar Worte an die Gäste und das Podium zu richten. Sie erinnert, dass am Veranstaltungstag die Umweltminister in Brüssel konferieren und, wie in der folgenden Woche in den [Nachrichten](#) zu lesen war, das Klimaabkommen von Paris im Schnellverfahren ratifiziert haben. Die Absegnung seitens des Europaparlaments und der Großemittenten USA und China machte den Weg frei für einen Weltklimavertrag. Die Böll-Geschäftsführerin richtete ihren Blick auch in die Zukunft und mahnt, den Klimawandel mit all seinen Auswirkungen anzuerkennen. Obzwar die USA den Klimavertrag

ratifiziert haben, gibt sie zu bedenken, dass Präsidentschaftskandidat Donald Trump beispielsweise nicht durch eine klimafreundliche Haltung aufgefallen ist. Karin Heuer

machte auch auf den regionalen Bezug der Klimadebatte aufmerksam. Denn am 7. und 8. Juli 2017 findet das nächste Treffen der G20 in Hamburg statt.

Die Veranstaltung entstand in Kooperation mit dem Zukunftsrat Hamburg und umdenken Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V. Wir trafen uns in den Räumlichkeiten der GSL Bank, die Gelegenheit für einen anschließenden bangladeschischen Snack auf der Terrasse boten. Die GLS Bank ist die erste Bank für sozial-ökologische Geldanlagen und zur Finanzierung nachhaltiger Unternehmen und Projekte mit Sitz in Hamburg. Herr Kazi, Präsident des EFB bedankte sich im Namen des Entwicklungsforums bei allen Besuchern, Teilnehmern und Kooperationspartnern für ihre Anwesenheit. Der Vortrag von Lili Fuhr musste leider krankheitsbedingt entfallen.

Zusammenfassung der Ergebnisse der Klimakonferenz von Paris 2015

*Michael Liebert, Referent für Klimaenergie und Nachhaltige Entwicklung,
Klimaschutzstiftung Hamburg/Gut Karlshöhe*



Auf der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris (COP 21) wurde am 12. Dezember 2015 nach 20 Verhandlungsjahren (1995, COP 1 in Berlin) und nach jährlichen Verhandlungen und Folgekonferenzen des Kyoto-Protokolls erstmals eine neue Klimaschutzvereinbarung getroffen. Das Übereinkommen von Paris ist dauerhaft, für alle Staaten verbindlich und völkerrechtlich verpflichtend. Es wurde im Oktober 2016 ratifiziert und ersetzt 2020 das Kyoto-Protokoll.

Im Fokus: Erderwärmung und Emissionsreduktion

Das Übereinkommen von Paris sieht eine Begrenzung der Erderwärmung auf unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad zum vorindustriellen Level, vor. Konkret bedeutet das, den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius zu senken und möglichst langfristig auf 1,5 Grad zu halten. Dieses Ziel erfordert eine sofortige, erhebliche Emissionsbegrenzung und eine Nullifikation der Treibhausemissionen bis 2050. Letzteres würde eine vollständige „Dekarbonisierung“ in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts bedeuten.

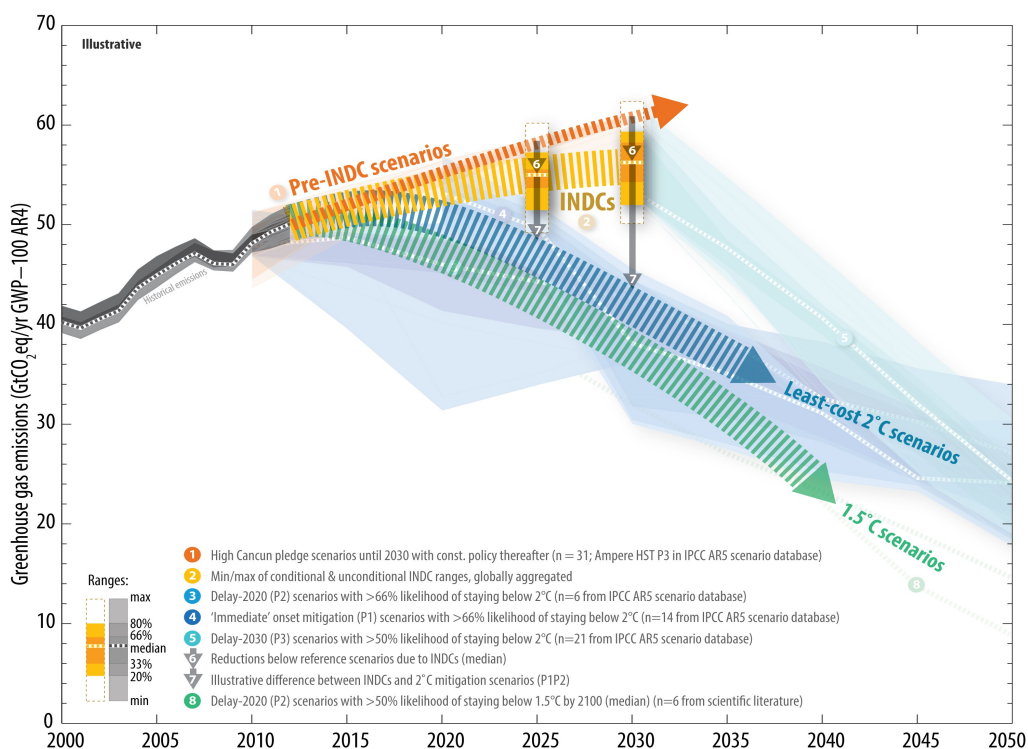
Die Rolle der Schwellen- und Entwicklungsländer

Ein integraler Bestandteil des Pariser Abkommen ist, dass jeder Staat die Höhe seines Beitrags zur Klimaschutzfinanzierung selbst festlegt. Um dem „Ambitionsmechanismus“ Rechnung zu tragen, muss dieser im Fünfjahresrhythmus überprüft, nachgebessert und veröffentlicht werden. Zum ersten Mal hat sich die Staatengemeinschaft auf *einen* Rahmenvertrag geeinigt, weswegen auch von einem „Weltklimavertrag“ die Rede ist. Im Pariser Abkommen wird erstmals jedes Land zu Klimaschutzzahlungen angehalten. Die Trennung von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern ist aufgehoben. Damit setzen die Vertragsstaaten ein Zeichen, dass Klimaschutz längst keine Eliteangelegenheit mehr und jedes Land der Welt zu einem Klimabeitrag angehalten ist. Die Industriestaaten haben aber weiterhin eine Vorreiterrolle und die Aufgabe, die Anpassungsfähigkeit der Schwellenländer zu unterstützen sowie die globale Verwundbarkeit gegenüber Klimaveränderungen zu verringern.

Hundert Milliarden für den Klimaschutz

Das Pariser Abkommen sieht vor, dass die Industrieländer von 2020 bis 2025 100 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz zur Verfügung stellen. Diese Summe wird durch die freiwilligen Beiträge der Entwicklungs- und Schwellenländer ergänzt. Herr Liebert merkt jedoch an, dass 100 Mrd. US-Dollar bei weitem nicht ausreichen, um die ambitionierten Ziele des Abkommens zu erreichen. Zweitens können Staaten ihre Minderungsziele selbst festlegen. Das regt einerseits das Verantwortungsbewusstsein der Staaten an, sichert aber auf der anderen Seite die langfristige Finanzierung des Klimaschutzes nicht ab. Weiter bilanziert Liebert, dass die nationalen Zusagen zwar für eine formelle Ratifizierung des Abkommens im Oktober 2016 ausreichen, dass sie aber noch nicht für die Unterschreitung der 2-Grad-Grenze genügen. Damit ist eine zentrale Kondition des Abkommens, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, nicht erfüllt. Eine weitere offene Frage ist, welche konkreten Anstrengungen bis zum Einsetzen der Finanzierungsmaßnahme im Jahr 2020 oder nach Ablauf der Fünfjahresperiode unternommen werden. Die Folgen eines Scheiterns sind weitgehend offen. Kippt aber das Protokoll, ist auch die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad nicht gesichert. Verluste und Schäden der bisherigen Klimaveränderungen sind bereits sichtbar.

Table 1: Vergleich der globalen Emissionswerte in den Jahren 2025 und 2030, basierend auf den angestrebten nationalen Klimaschutzbeiträgen (INDC, Intended Nationally Determined Contributions) und anderen Szenarien.



¹UNHCC (2014). "Comparison of global emission levels in 2025 and 2030 resulting from the implementation of the INDCs and under other scenarios": <http://unfccc.int/focus/indc_portal/items/9240.php>.

Fazit

Herr Liebert betont die besondere Rolle der Zivilgesellschaft und kleinerer Akteure und Staaten bei den Verhandlungen in Paris. Ihr Druck hat maßgeblich zu den Errungenschaften des Abkommens beigetragen. Die Eindämmung der Erderwärmung in Kombination mit der anvisierten Emissionsbegrenzung kommt einher mit einer humanitären und ökologischen Absichtserklärung. So haben einige Vertragsstaaten den Begriff „Klimagerechtigkeit“ anerkannt und zugesagt, die Integrität der Ökosysteme gewährleisten zu wollen. Die nationalen Absichtserklärungen könnten ebenso den Kohleausstieg einiger Staaten beschleunigen. In seiner Bilanz stellt Herr Liebert das Pariser Abkommen als Meilenstein internationaler Referenzserklärungen dar. Aus seiner Sicht kann das Übereinkommen trotz seiner offenen Fragen als Erfolg gewertet werden. Dieses Urteil wird auf der Folgeveranstaltung im Oktober wieder aufgegriffen und überprüft.

Wer hat welchen Einfluss? Über das Kräfteverhältnis in der internationalen Klimapolitik²

*Dr. Barbara Saerbeck, Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU),
Freie Universität, Berlin*



Das Zusammenspiel verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Akteure hat direkt und indirekt zur Formulierung des sogenannten Pariser Abkommens beigetragen. Im Vorfeld initiierte Partnerschaften, zum Beispiel zwischen den USA und China, aber auch auf der Konferenz selbst entstandene Koalitionen zwischen verschiedenen Staaten erhöhten die Bereitschaft der Teilnehmer, ein verbindliches Klimaabkommen zu formulieren. Der französischen Präsidentschaft gelang es überdies, Prozessstreitigkeiten während der Verhandlungen zu minimieren. Vertreter der Zivilgesellschaft zeigten des Weiteren in Paris mögliche Transformationswege und Handlungsalternativen auf, mit deren Hilfe der Klimawandel einzudämmen wäre. Nicht zuletzt soll der Papst am Ende der Verhandlungen positiv auf einige Vertragsstaaten eingewirkt haben.

Welche Akteure miteinander kooperierten und untereinander Informationen austauschten, zeigt die von uns an der Freien Universität durchgeführte Studie. Während das Entwicklungs- und Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNDP und UNEP) sowie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und das „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) als internationale Organisationen starke Knoten darstellen, sind das deutsche Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ebenfalls zentrale Akteure im internationalen Klimaregime, genauso wie die NGO Climate Action Network International (CAN I) und das Weltressourceninstitut (WIR).

² Text: Dr. Barbara Saerbeck, Grafik: Severin Sperzel. Weitere Informationen zu dem an der Freien Universität Berlin angesiedelten Forschungsprojekt und seinen Mitarbeitern siehe: <http://ipa-research.com/envipa>.

Analyse der Netzwerke

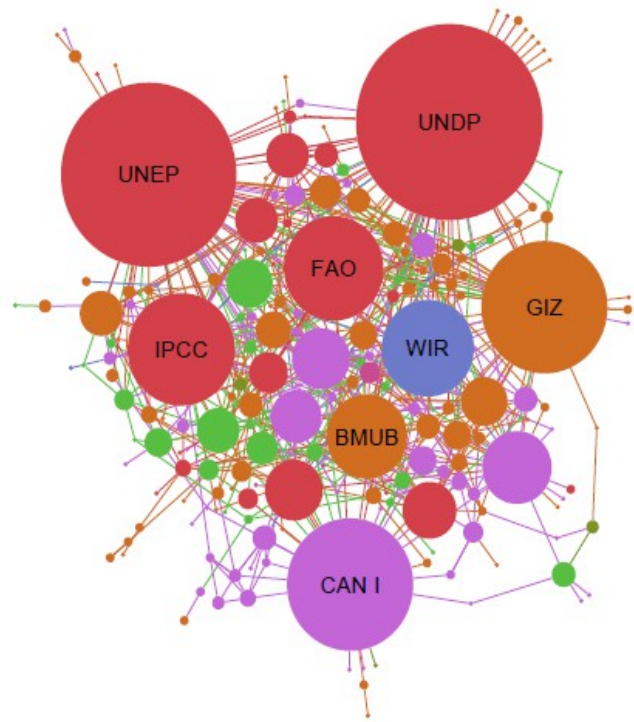
Nebenstehende Grafik stellt die zentralen Akteure im internationalen Klimanetzwerk dar. Sie zeigt jene Akteure, die eine Vermittlerfunktion ausfüllen, d.h., die zentral in den Informations- und Kooperationsfluss rund um die 21. Vertragsstaatenkonferenz (COP) eingebunden sind. Je größer der Knoten in der Grafik, umso zentraler ist der Akteur.

Nehmen vornehmlich folgende Akteure an den Verhandlungen teil,

- staatliche Akteure (rund 40 % der Teilnehmer der COPs)
- Vertreter internationaler Organisationen (rund 20%)
- Vertreter von NGOs (rund 20%)
- Forschungseinrichtungen (rund 10%),

dann sind Akteure der

- Privatwirtschaft und Finanzinstitutionen (zusammen rund 5%) seltener auf internationalen COPs anzutreffen.



Wenn jedoch Staaten vornehmlich mit anderen Staaten und mit Vertretern internationaler Organisationen Informationen austauschen, dann suchen alle anderen Akteure vornehmlich den Kontakt zu ihrer eigenen Gruppe sowie kooperieren mit den Nationalstaaten. Letzteres ist nicht verwunderlich, verhandeln doch die Staaten miteinander und beschließen letztendlich den Vertrag. Dadurch sind sie primäre Ansprechpartner für die ausgewiesenen Interessen. Kooperieren darüber hinaus die einzelnen Akteursgruppen unterschiedlich stark miteinander, dann ist die Verbindung zwischen den Banken, der Privatwirtschaft sowie mit Forschungseinrichtungen nur sehr schwach ausgeprägt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass staatliche Akteure sowie internationale Organisationen die wichtigsten Akteure in der internationalen Klimapolitik sind. Sie fungieren als zentrale Ansprechpartner. Durch die Studie sind auch die vielfältigen Verbindungen zwischen den einzelnen Akteursgruppen deutlich geworden. Die nächste COP findet im November 2016 in Marrakesch statt. Auf dieser Weltklimakonferenz soll die Umsetzung der im Pariser Vertrag aufgeführten Ziele festgeschrieben werden. Auch wenn es noch weitere Anstrengungen bedarf, um das aufgeführte Potenzial innovativer, sektor- und ebenenübergreifenden Partnerschaften zu realisieren, zeigen die obigen Ausführungen, dass bereits ein reger Austausch auf der internationalen Ebene zwischen den einzelnen Akteursgruppen besteht. Es ist davon auszugehen, dass diese Beziehungsnetzwerke in Zukunft von den einzelnen Akteuren weiter vertieft und ausgebaut werden. Damit tragen sie langfristig zur Umsetzung der im Pariser Abkommen festgeschriebenen Ziele und eventuell sogar zu einer Machtverschiebung im internationalen Klimaregime bei.

Podiumsdiskussion mit: Michael Pollmann, Eckhard Heumeyer und Dr. Barbara Saerbeck

Leitung: Dr. Delia Schindler, Sprecherin des Zukunftsrats Hamburg

Das Podium

Es folgte eine Podiumsdiskussion, die mit Michael Pollmann, Staatsrat der Behörde für Umwelt und Energie, und Eckhard Heumeyer, Mitgründer der Graswurzelbewegung „Fossilfree Hamburg“ besetzt war. Als Vertreterin der Wissenschaft nahm Dr. Barbara Saerbeck an der Diskussion teil. Das Podium wurde moderiert von Dr. Delia Schindler, Sprecherin des Zukunftsrats Hamburg.



Tut Hamburg „genug“ für den Klimaschutz?

Die erste Frage, ob denn das Land und die Stadt Hamburg genug für den Klimaschutz tue, ging an den Vertreter der kleinsten Institution des Abends. Herr Heumeyer ist Mitinitiator der Bewegung „Fossilfree Hamburg“ und hat für diese kürzlich eine Petition gestartet. Ein Klimaziel von Hamburg ist eine achtzigprozentige Emissionsreduktion gegenüber dem Level von 1990 bis zum Jahr 2050. Das soll durch den Ausbau erneuerbarer Energien und eine Effizienzsteigerung erreicht werden. Sein Ziel ist, eine Bewegung an der Basis voranzubringen. In den eigenen Reihen ist das „Fossilfree Deutschland“ schon gelungen. In wenigen Jahren hat sich die Initiative von Münster über Berlin nach Stuttgart und bis nach Hamburg ausgebreitet. Konkret geht Heumeyer über das Beispiel des Wechsels zum klimafreundlichen Stromanbieter hinaus und empfiehlt, alle Geldanlagen in fossile Energie fördernde Unternehmen zu entfernen. Diese sollten bei Geldinstituten angelegt werden, die nicht an der Förderung von Kohle, Erdöl oder -gas beteiligt sind. Heumeyer rechnet vor, dass Gemeinden, Kirchen, Sportvereine, Universitäten, Städte und Staaten diesem Muster folgen könnten. Dadurch würden klimaschädlichen Unternehmen große Investitionsbeträge verloren gehen und der Druck zu mehr klimafreundlichem Handeln steigen.

Herr Pollmann, Staatsrat und früherer Mitarbeiter der GIZ in Lima, Peru, spricht am heutigen Abend als Vertreter der Politik. Er schätzt die Entwicklung von Emissionsreaktion zu Temperatursenkung und ist besorgt über die Diskrepanz zwischen den freiwillig geleisteten Beiträgen der Staaten gegenüber den global erforderlichen Klimaschutz-zahlungen. Der Klimaplan von Hamburg (online einsehbar) sieht ebenso vor, bis 2030 die Co2-Emissionen der Stadt zu halbieren. Diese Zusage übersteigt die Verpflichtung auf der Bundesebene, weswegen Pollmann Hamburg als Klima-ambitionierte Stadt sieht. Der Staatsrat räumt aber auch ein, dass dem Plan noch zielführende Maßnahmen fehlen. Die politischen Prioritäten der Koalitionspartner unterscheiden sich in einigen Punkten, was Herr Pollmann an der Debatte Wohnraum versus Klimaschutz veranschaulicht. Oft ist es nötig, Kompromisse einzugehen, realistische Ziele zu setzen und deren Umsetzung auch zu forcieren. Es ist wenig zielführend, so Pollmann, beispielsweise eine Aufstockung des Wohnungsbaus in Hamburg zu blockieren, sondern angebracht, dafür im Wohnungsbau auf mehr Effizienz zu achten, wie auf den Einsatz erneuerbarer Energien in den Heizungsanlagen. Mitglieder aus dem Publikum werfen der Regierung jedoch Trägheit, mangelhaftes Engagement und fehlende Risikobereitschaft vor. Eine radikale Meinung ist inspiriert von dem dänischen Modell: dem kompletten Verzicht auf Ölheizungen bei Neubauten. Demnach können neue Häuser nur noch fossilfrei gebaut werden. In Hamburg wären 100% klimafreundliche Wohnungen laut Pollmann jedoch zu teuer. Klimaneutralität soll den Wohnungsbau selbst oder die Zukunft der Koalition nicht gefährden. Weiter führt Pollmann an, dass in vielen Bereichen zu recht das Dogma der Freiwilligkeit herrscht. Im Verkehrssektor werden das Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel als Transportmittel beworben. Es kann aber keine autofreie Stadt geben.

Die Macht liegt in der öffentlichen Debatte

Mit der Frage, wer die eigentlichen Akteure in der Klimadebatte sind, wandte sich die Moderatorin an Frau Dr. Saerbeck. Die Referentin wiederholt, dass kleine Staaten sowie die Zivilgesellschaft in Paris einen starken Beitrag zum Ausgang der Verhandlungen geleistet haben. Sogenannte „Gatekeeper“ bringen Themen voran und verleihen ihnen Gewicht in der Debatte. Das erwirkt eine Verzahnung des traditionell etablierten top-down-Ansatzes mit dem bottom-up-Ansatz, der Stimmen kleiner Akteure in den Diskurs einbringt. In ihrer persönlichen Analyse war das Übereinkommen von Paris aus den folgenden Gründen erfolgreich: Gespräche außerhalb des Verhandlungsraums haben ermöglicht, dass Lösungsvorschläge unmittelbar diskutiert und Brückenakteure identifiziert werden konnten. Zweitens haben die große mediale Aufmerksamkeit und die öffentliche Debatte den Druck auf die Vertragsstaaten erhöht. Es hat ein Umdenken stattgefunden, der Handlungsbedarf war konkreter und die Sichtbarkeit der Zivilgesellschaft stärker. Frau Dr. Saerbecks Hoffnung ist, dass die Vertragsstaaten den Schwung aus den Pariser Verhandlungen nutzen und die Vorhaben nun mit Taten füllen können. Dazu nennt sie verschiedenen Strategien. Das wohl wirksamste Mittel ist in ihren Augen, die Öffentlichkeit einzubinden.

Auswirkungen auf die Entwicklungsländer

Doch was bedeutet das für die Schwellen und Entwicklungsländer? Diese haben am Klimawandel unter Umständen geringe Beteiligung, tragen aber einen großen Schaden davon. Die Moderation gibt zu bedenken, dass Bangladesch sprichwörtlich das Wasser bis zum Hals steht. Laut Herrn Liebert sind Klimaveränderungen unterhalb der 2-Grad-Grenze kalkulierbar, darüber nicht.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung sind für die gesamte Welt verpflichtend. Herr Pollmann räumt aber auch die Notwendigkeit ein, Schwellen- und Entwicklungsländern den wirtschaftlichen Status zu ermöglichen, um diese Ziele erreichen zu können. Für ihn gilt es, stärkere Anreize zur Co2-Verringerung zu schaffen und den Emissionsvergleich anders zu gestalten. Dieser soll nicht nur zwischenstaatlich, sondern auch zwischen sozialen Schichten sowie zwischen Land und Stadt erfolgen. Zweitens muss der zwischenstaatliche Handel mit Emissionspaketen unterbunden werden. Weniger gilt es, Wirtschaftswachstum allgemein und damit die Märkte grundsätzlich zu bremsen. Denn jedes Prozent Wirtschaftswachstum schafft bessere Bedingungen für klimaneutrales Handeln. Im letzten Punkt sind sich die Podiumsmitglieder und der Klimareferent einig: wir müssen unseren Ressourcenverbrauch ändern. Ist ein grundsätzliches Umdenken erst vollzogen, sagt Heumeyer, ist auch die Abkehr von fossiler Energie bestreitbar. Denn die Frage nach der Endlichkeit der Kohle wird spätestens dann irrelevant, wenn sie durch kontinuierliches „Divestment“ ihren Wert verliert.

Teil II

Was nun? Die Ergebnisse der Pariser Klimakonferenz 2015 und ihre Konsequenzen für die Entwicklungsländer

Samstag 15.10.16 | 10 – 18:30 Uhr

Rudolf Steiner Haus, Mittelweg 11, 20148 Hamburg

Einleitung

Jede Woche erreichen uns Nachrichten über das Abschmelzen des Polareises, den ansteigenden Meeresspiegel und starke Unwetter, die viele Menschenleben fordern und die Zahl der Umweltflüchtlinge erhöhen. Die 195 Vertragsstaaten haben sich 2015 in Paris auf einen neuen Klimavertrag verständigt, der zugleich kritisiert und enthusiastisch begrüßt wird. Deshalb haben wir uns dieses Jahr vorgenommen, die Ergebnisse des Pariser Abkommens gemeinsam zu diskutieren. Insbesondere betrachten wir die konkreten Auswirkungen von Klimaveränderungen in den Schwellen- und Entwicklungsländern, am Beispiel von Indien, Bangladesch und Ghana. Gemeinsam erörtern wir mögliche Lösungsansätze zur nachhaltigen Entwicklung mit dem Hamburger Publikum.

Programmübersicht: 15. Oktober 2016

- 10.00 Uhr Kaffee und Tee
- 10.30 Uhr Begrüßungsansprache
Walter Stork, Honorargeneralkonsul von Bangladesch in Hamburg
- 10:45 Uhr Zusammenfassung der Vorträge und Diskussionen vom 30. September 2016
Dr. Satya Bhowmik, Entwicklungsforum Bangladesh e.V.
- 11:00 Uhr Klimawandel und die Entwicklungsländer mit Blick auf die Küstenregionen -
an den Beispielen Bangladeschs und Indiens. Was bedeutet das Pariser
Abkommen für diese Region?
Sujit Chowdhury, Ex-Klimaberater der Botschaft der BRD in Dhaka, Senior
Advisor, Bangladesh Bandhu Foundation
Dinsha Schümann, Dipl.-Kaufmann und Indologe
- 11:45 Uhr Globale Gefahr geht lokal: Partizipation und Engagement von NGOs und der
Zivilgesellschaft bei der Bewältigung des Klimawandels in Bangladesch
Dr. Shameem Mahmud, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Hamburg
- 12:15 Uhr Kurzfilm: Afrikas Stimme gegen den Klimawandel
- 12:45 Uhr Podiumsdiskussion, Leitung: Prof. Dr. Joachim Betz, GIGA Hamburg
- 13:30 Uhr Gemeinsames Mittagessen
- 14.30 Uhr Arbeitsgruppen
AG 1: Erneuerbare Energien als Instrument zum Klimaschutz? Wie kann
dies realisiert werden?
Leitung: Dr. Mustapha Akram, Entwicklungsforum Bangladesh e.V.
- AG 2: Wie können die Lebensbedingungen der Menschen an die
Klimaveränderung angepasst werden?
Leitung: Dinsha Schümann, Dipl.-Kaufmann und Indologe
- 16:30 Uhr Berichte aus den Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussion
Leitung: Prof. Asit Datta, Universität Hannover
- 17:15 Uhr Kaffee, Kuchen
- 18:30 Uhr Ende der Veranstaltung

Begrüßung

Dr. Anke Butscher, Anke Butscher Consult



Das EFB konnte Dr. Anke Butscher auch dieses Jahr wieder als Moderatorin für das Seminar gewinnen. In ihrer Begrüßung lenkt sie die Aufmerksamkeit auf die Verwundbarkeit der Länder des globalen Südens. Frau Butscher merkt an, dass inzwischen 195 Staaten das Pariser Übereinkommen angenommen haben. Sie sagt auch, dass die UNO mitunter ein widersprüchlicher Interessenverband ist, der aber dennoch für Diplomatie und Verbindlichkeit steht. Sie stellt dem Seminar die These voran, dass die Staaten dieser Welt ihren Energiehunger umkehren müssen. Sie schließt ihre Einführung mit den Fragen ab, wie das Klimaabkommen in Bangladesch aufgenommen wurde und welche Stimmen sich aktuell in Küstenländern erheben.

Walter Stork, Honorargeneralkonsul von Bangladesch in Hamburg



Auch Walter Stork, der langjährige Honorargeneralkonsul von Bangladesch in Hamburg, begrüßte die anwesenden Redner und Besucher. Er scheidet nun aus dem Amt und übergibt seine Aufgaben an den neuen Honorargeneralkonsul aus Portugal. Herr Stork reflektiert über seine tiefe Verbundenheit zu dem Land und den Menschen Bangladeschs und wünscht dem EFB alles Gute für die Zukunft.

Dr. Satya Bhowmik, stellv. Leiter, Entwicklungsforum Bangladesh e.V.



Als nächstes richtet der Vizepräsident des Entwicklungsforum Bangladesh (EFB) seine Grußworte an das Auditorium. Er freut sich über die Anwesenheit aller Besucher, der Redner und der Moderatorin. Er bedankt er sich beim Rudolf Steiner Haus für die Überlassung des Saals für die heutige Veranstaltung und lädt zum gemeinsamen Mittagessen im Foyer ein. In seiner Zusammenfassung der vergangenen Veranstaltung geht er insbesondere auf die Podiumsdiskussion ein. Sie hat dem Verein die Wichtigkeit der kommunalen Ebene verdeutlicht und die Verbindung von Kommunalpolitik und Klimaschutz aufgezeigt. Besonders erfreut hat Herrn Bhowmik das Publikumsinteresse an Graswurzelbewegungen. Denn dort haben auch in Bangladesch viele Entwicklungen ihren Anfang genommen. Der Vizepräsident äußert die vage Hoffnung, dass Bangladesch und Deutschland in unkonventionellen, lokalen Lösungsansätzen noch voneinander lernen können.

Im Ausblick auf die heutige Veranstaltung greift Herr Bhowmik Anke Butschers Frage auf. Dass sich die Vertragsstaaten im vergangenen Jahr auf einen neuen Klimavertrag einigen konnten, sieht er als Errungenschaft an. In der Vergangenheit sind Klimavereinbarungen oft an den Vetomächten gescheitert, die selbst sehr Co2-emittent sind. Inzwischen sind diese Länder selbst von Klimaveränderungen betroffen, was die Diskussion verändert hat.

Die USA werden vermehrt von starken Wirbelstürmen heimgesucht, in China und Indien hat die Luftverschmutzung teilweise dramatische Werte erreicht. Bei diesen Ländern handelt es sich um Küstenstaaten. Der Vizepräsident steht dem Klimaabkommen von Paris mit gemischten Gefühlen gegenüber. Einerseits ist er überzeugt, dass das Weltklima nur mit dem Einsatz der gesamten Staatengemeinschaft geschützt werden kann. Er begrüßt das Abkommen für seinen ganzheitlichen Ansatz und weil bei den Verhandlungen kleine Länder stärker zu Wort gekommen sind, als jemals zuvor. Dennoch zweifelt er an den Mechanismen der UNFCCC, diese Ziele in die Tat umzusetzen. Ebenso ist er sich bewusst, dass sein Land, mit Abkommen oder ohne, nicht ausreichend vor Klima- veränderungen geschützt ist und dass die Folgen für Bangladesch weitgehend offen sind.

Dr. Onno Groß wurde auf der Veranstaltung schmerzlich vermisst. Er hat in der Vergangenheit viele Seminare des EFB bereichert. Wir danken ihm für sein Engagement im Verein und für seinen Einsatz im Meeresschutz.

Klimawandel und die Entwicklungsländer mit Blick auf die Küstenregionen am Beispiel Bangladesch

*Sujit Chowdhury, Ex-Klimaberater der Botschaft der BRD in Dhaka,
Senior Advisor, Bangladesh Bandhu Foundation*



Sujit Chowdhury steht dem Entwicklungsforum Bangladesh e.V. als Experte aus dem Heimatland zur Seite, unter Anderem in den Bereichen Klimawandel und Entwicklungszusammenarbeit. Er referiert heute zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklungsländer mit Blick auf die Küstenregionen. Der Fokus seines Vortrags liegt auf Bangladesch. Am Klimaabkommen von Paris bemängelt Chowdhury vor Allem, dass darin kein Regelwerk für die anvisierte „Dekarbonisierung“ festgeschrieben ist, was die Umsetzung des Vorhabens erschwert. Zweitens findet das Thema Klimaflucht, das Chowdhury als symptomatische Auswirkung des Klimawandels in Schwellen- und Entwicklungsländern betrachtet, in dem Abkommen nicht genug Berücksichtigung.

Bangladeschs Rolle in der internationalen Klimapolitik

Bangladesch ist neben geografischen, demografischen und wirtschaftlichen Faktoren auch überproportional von den Auswirkungen des Klimawandels bedroht. Da internationale Klimaschutzinitiativen nicht auf die spezifischen Risiken des Landes eingehen können, ist Bangladesch verstärkt zu eigenem Handeln gezwungen. Bereits 2009 legte das Land seinen nationalen Maßnahmenplan vor, den „Climate Change Strategy and Action Plan“. Für sein Engagement wurde Bangladesch mit dem Titel „Adaptation Capital of the World“ ausgezeichnet. Diese Auszeichnung würdigt die Anpassungsfähigkeit eines Landes und seine Investition in adaptive Handlungsstrategien. In seinen nationalen Klimazielen identifiziert Bangladesch sechs Schwerpunktfelder. Dazu zählen unter Anderem Nahrungsmittelsicherheit, soziale Sicherheit, Disaster-Management und der Aufbau von Infrastrukturen. Dabei wird lokales Wissen großgeschrieben. Das soll die Handlungsfähigkeit des Landes von innen heraus stärken und es in den Bereichen zu eigenen Lösungsansätzen befähigen, wo das Pariser Übereinkommen zu kurz kommt.

Klimaflucht und Versalzung

Das „International Displacement Monitoring Center“ eröffnet, dass weltweit etwa 26,4 Millionen Menschen ihre Heimat wegen Klimaveränderungen verlassen mussten. Eine ähnliche Studie schätzt, dass 14% der Menschen in Bangladesch dauerhaft vertrieben wurden und 82% ihre Heimat temporär verlassen mussten. Nur 4% der Befragten gaben an, vom Klimawandel nicht bedroht zu sein. Das Intervall und die Stärke klimabedingter Naturkatastrophen in Bangladesch geht laut Statistik nach oben: Zyklon Roanu traf im Mai 2016 auf die Küste Bangladeschs und zerstörte die Heimat von 200.000 Menschen.

Um die starke Abhängigkeit Bangladeschs von einer verantwortungsvollen Klimapolitik der Vertragsstaaten zu verdeutlichen, stellt Chowdhury ein mehrschichtiges Modell auf. Rund ein Drittel der Bevölkerung Bangladeschs lebt in den Südwestküstengebieten des Landes. Circa 10% des Landes, das sich ebenso in dieser Region erstreckt, liegt nur einen Meter über dem Meeresspiegel. Zyklone und Überschwemmungen zerstören vermehrt Häuser und landwirtschaftliche Nutzflächen und führen zu einer Versalzung der Böden. Flusserosion und eine Gewässerversalzung bedrohen zusätzlich den Fischfang. Gleichzeitige Trockenheit und unregelmäßige Monsun-Regenfälle gefährden Ernten und verstärken innerstaatliche Migration. Diese Zusammenhänge und Wechselwirkungen können in Chowdhurys Aufsatz im Anhang genauer nachgelesen werden.

Rehabilitationsprogramme

Im Ausblick geht Herr Chowdhury exemplarisch auf einige Rehabilitationsprogramme in seinem Land ein, die der Verwundbarkeit vieler Menschen gegenüber Klimaveränderungen und Naturkatastrophen entgegenwirken sollen. Diese sind in der Regel per Gesetz in der Verfassung verankert, die Implementierung ist aber oft nicht sichergestellt. Das Ashrayan Projekt „Climate Victims Rehabilitation Program“ in Adarsha Gram sieht beispielsweise eine Umsiedelung von bedrohten oder migrierten Menschen in weniger anfällige Gebiete vor. Ein anderes Gesetz erlaubt es migrierten Familien, nach dem Ende einer Klimakatastrophe wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Diesen und mehreren anderen Programmen stehen allerdings einige pragmatische Hindernisse im Weg. Zu diesen zählen beispielsweise der Mangel an verfügbarem Land im Falle einer Umsiedelung oder ein Mangel an entsprechenden Papieren für eine Wiederinanspruchnahme des eigenen Lands. Ein anderes Thema ist die Instandhaltung von Häusern, die zur Umsiedlung dienen, und der Wiederaufbau zerstörter Häuser in verwüsteten Gebieten. Schließlich muss mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden, um Menschen den Zugang zu diesen und ähnlichen Programmen zu ermöglichen.

Klimawandel und die Entwicklungsländer mit Blick auf die Küstenregionen am Beispiel Indiens

Dinsha Schümann, Dipl.-Kaufmann und Indologe



Indien ist im 21. Jahrhundert zu einem Symbol von Wachstum in Asien geworden. Bekannte Zahlen verdeutlichen, dass Indiens Wirtschaftskraft steigt und das indische Unternehmertum floriert. Gleichzeitig bedeuten Klimaabkommen wie das von Paris eine Zäsur für das indische Wirtschaftswachstum. Denn Indien ist der drittgrößte Co2-Emittent der Welt und trägt damit große Mitverantwortung am Weltklima. Es muss also eine Umstrukturierung stattfinden, Indiens Wirtschaftswachstum muss in der Zukunft kontrolliert erfolgen.

Herr Schümann zeigt den moralischen Konflikt auf, der sich aus dieser Situation ableitet. Indiens Wirtschaftswachstum ermöglicht erst einen gewissen Entwicklungsstand im Land, ohne den die Förderung des Klimaschutzes undenkbar wäre. Weiter geben die absoluten Emissionszahlen Indiens wenig Aufschluss über den eigentlichen Energieverbrauch im Land, denn die Pro-Kopf-Emissionen fallen enorm niedrig aus. Historisch gesehen haben viele Entwicklungsländer durch die Öffnung ihrer Märkte auch stark zum Wirtschaftswachstum westlicher Länder beigetragen, die heute für starke Klimaschäden verantwortlich sind. Ein Wahlspruch des Ex-Premierministers Manmohan Singh lautet: „Let's get rich and dirty and then clean up“. Er verdeutlicht einerseits das Aufwärtsstreben des Lands, wie auch den starken Wunsch nach Wohlstand. Dieser muss sich aber auch in der sozialökonomischen Entwicklung des Lands niederschlagen und soll so auch die Klimarettung begünstigen.

Herr Schümann zeichnet einige Szenarien auf, an denen sich bereits heute die Folgen von Klimaveränderungen im Land ablesen lassen. Wie Herr Chowdhury, misst auch er dem Faktor Wasser eine starke Bedeutung zu. Mit seiner rund siebentausend Kilometer langen Küstenlinie ist Indien zu zwei Dritteln vom Meer umgeben. Ein steigender Meeresspiegel verstärkt Migration innerhalb des eigenen Lands und über die Landesgrenzen hinaus. Im Fall von Dürreperioden haben die Bundesländer untereinander Regelungen zur Aufteilung des Flusswassers getroffen. Diese sorgen für starke Spannungen im Land. Das Urteil, demnach Karnataka Tamil Nadu bei Trockenheit Wasser abgeben muss, wurde vom Höchsten Gerichtshof des Landes gefällt. Nicht zuletzt ist das stark agrarwirtschaftlich geprägte Land auf regelmäßige Regenfälle im Monsun angewiesen.

Herr Schümann findet, dass der Umgang mit Rohstoffen in Indien verändert werden muss. Es muss ein Umdenken stattfinden, um die Menschen für den Klimawandel zu sensibilisieren und um Wasser und anderen Ressourcen mehr Respekt entgegenzubringen. Dies ist keine leichte Aufgabe in einem Land, das lange einen erbitterten Kampf gegen Armut geführt hat und noch immer führt. Das Gleichgewicht zwischen nationalen und globalen Verpflichtungen auszuhandeln, ist eine große Herausforderung. Doch dieser Prozess ist für Indien, das in vieler Hinsicht eine Schlüsselrolle unter den Schwellenländern sowie im Klimawandel einnimmt, unausweichlich.

Globale Gefahr geht lokal: Partizipation und Engagement von NGOs und der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung des Klimawandels in Bangladesch

Dr. Shameem Mahmud, Universität Hamburg



Dr. Mahmud gibt einen Überblick über das vielfältige Engagement von Nichtregierungsorganisationen im Klimawandel und in Graswurzelbewegungen in Bangladesch. Viele Aktionsmöglichkeiten für nicht-staatliche Institutionen ergeben sich unter Anderem aus der starken Anfälligkeit Bangladeschs gegenüber Klimaveränderungen. Diese erhöhte Anfälligkeit führt Dr. Mahmud auf die vielfältigen „Georisiken“ zurück. In Bangladesch treten eine hohe Anzahl von Naturkatastrophen in meist dicht besiedelten Gebieten auf. Dort treffen sie außerdem auf eine eingeschränkte Stabilität und Widerstandsfähigkeit des Lands. Diese Ausgangslage eröffnet viele Partizipationsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure und NGOs an der Graswurzelebene. Die hohe Aktivität dieser Akteure im Bereich Klima-

bewältigung beleuchtet Herr Mahmud in seiner Präsentation mit empirischen Beispielen aus Bangladesch.

Nach einer Zusammenfassung der Gründe, Auswirkungen und Risiken aus bangladeschischer Perspektive stellt Herr Mahmud traditionelle und neue Adaptionsmechanismen im Klimawandel gegenüber. Diese unterscheiden sich in Bezug auf die lokale Verankerung von Wissen und auf Bewältigungsstrategien im Umgang mit Umweltschäden. Herrn Mahmuds Forschung ist in der Klimawandelkommunikation angesiedelt. Zuerst untersuchte er verschiedene Kommunikationsmöglichkeiten auf ihre Funktionen und mediale Verortung. Dann konnte er Aussagen zu ihrem thematischen Umgang mit Klimawandel und Klimabewältigung machen. NGOs und zivilgesellschaftliche Akteure haben in Mahmuds Modell vielfältige Kommunikationsmöglichkeiten, weswegen sie als Akteur in der Klimabewältigung in Bangladesch besonders wichtig sind. Laut Mahmuds Modell haben Massenmedien (TV, Radio und Zeitungen) die primäre Funktion, Sachverhalte zu vermitteln, zum Beispiel die Ursachen des Klimawandels. Diese Sachverhalte werden von NGOs und anderen Interessensgruppen aufgegriffen, konzeptualisiert und mitunter politisch aufgeladen. Die Diskussion innerhalb sozialer Netzwerke und Gruppen führt dann zu einer starken Meinungsbildung und produziert unter Umständen Handlungen und Verhaltensänderungen. Das persönliche Erleben von Naturkatastrophen und die reale Auseinandersetzung mit Umweltschäden führen schließlich zu einem Wissenstransfer und zu einer Evaluation des kommunikativ erworbenen Wissens. Die Informationswege unterscheidet Mahmud in formelle und informelle Kommunikationswege: zum Beispiel Medienberichterstattung versus persönliche Netzwerke. Diese Informationswege haben unterschiedliche Bedeutungen in der Klimabewältigungskommunikation.

Podiumsdiskussion mit: Sujit Chowdhury, Dr. Shameem Mahmud, Dinsha Schümann, Dr. Anke Butscher und Portia T. Safro

Leitung: Prof. Dr. Joachim Betz, GIGA Institut für Asien-Studien

Was kommt nach Paris? In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde thematisiert, welchen Herausforderungen die Schwellen- und Entwicklungsländer im Klimawandel begegnen und was das jüngste Abkommen für sie bedeutet. Verschiedene Perspektiven aus den Ländern Indien, Bangladesch und Ghana kamen zur Sprache. Prof. Dr. Betz vom GIGA Institut für Asien-Studien und der Diplom-Kaufmann und Indologe Dinsha Schümann brachten Beispiele aus Indien ein. Herr Chowdhury und Dr. Mahmood ergänzten Stimmen aus Bangladesch. Frau Portia Safro, Völkerrechtlerin sowie Vorsitzende des Eine-Welt-Netzwerk Hamburg e.V., brachte Perspektiven aus Westafrika ein. Die Moderation übernahm Dr. Anke Butscher.



Das Podium tritt für ein kontrolliertes Wirtschaftswachstum in den Ländern Südasiens und Westafrikas ein. Dafür gilt es, entsprechende finanzielle Anreize zu schaffen und nicht nur einen Bewusstseinswandel sondern auch grundlegende Verhaltensänderungen herbeizuführen. Allen voran steht das Plädoyer für ein Umdenken im Ressourcenverbrauch. Damit sich alle Länder anteilig an der Klimabewältigung beteiligen können, müssen demokratische Prozesse gefördert und Energiesicherheit priorisiert werden.

Stimmen aus Indien

Vorherige Klimavereinbarungen sind in der Regel daran gescheitert, dass einzelne Staaten sich nicht an ihre Bestandteile gehalten oder sich gänzlich darüber hinweggesetzt haben. Deswegen beruht das aktuelle Abkommen auf dem Bottom-up-Ansatz und damit auf der Frage: welchen Beitrag kann jedes Land leisten? Als Hinderungsgrund für den Klimaschutz werden oft seine Kosten angeführt. Doch die Summe von 100 Mrd. US\$, die die entwickelte Welt von 2020 bis 2025 für die Klimabewältigung zur Verfügung stellen muss, muss dem BIP aller entwickelten Staaten in diesem Zeitraum gegenübergestellt werden. Weiter gibt die Weltgemeinschaft jährlich Milliardensummen für Energiesubventionen aus, was den globalen Energieverbrauch steigert, statt ihn einzudämmen. Kritik am Wachstumsglauben kommt auch aus dem Publikum. Ein Besucher prangert an, dass sich die Welt vom ewigen Wachstumsgedanken verabschieden und endlich in Ressourcenverteilung investieren müsse. Problematisch ist in einem Land wie Indien

aber nicht der wachsende Energieverbrauch im Allgemeinen, sondern der Energieverbrauch der wachsenden Mittel- und Oberschicht. Herr Betz ist überzeugt, dass Indien sowohl die Technologie als auch das Wissen für klimaneutrales Handeln hat. Das Land ist durchaus in der Lage, Produktivität von Energie abzukoppeln, ist dabei aber auf mehr Effizienz und höhere Energiesicherheit angewiesen. Gute Maßnahmenpakete existieren bereits, die noch durch weitere gute Ansätze ergänzt werden müssen.

Stimmen aus Westafrika



Klimaveränderung und -anpassung sind vieldiskutierte Themen in Afrika. Da die Länder aber unterschiedliche Grundvoraussetzungen haben, sind auch ihre Anforderungen sehr verschieden. Ghana und Nigeria beispielsweise investieren viel in Nachhaltigkeit und Wissenschaft, kämpfen aber mit Überbevölkerung. Äthiopien hat eine gute sozial-gesellschaftliche Entwicklung durchgemacht, ist aber eins der ärmsten Länder der Welt. In vielen ostafrikanischen Ländern mangelt es grundsätzlich an Stabilität und Sicherheit. Frau Safro verdeutlicht dem Publikum, dass der globale Süden gemessen an seiner Verantwortung und Verantwortlichkeit aktiv werden kann. Nach diesem Modell muss der Westen als Verursacher zuerst handeln, wonach der globale Süden nachziehen kann. Ebenso gibt

Frau Safro zu bedenken, dass im Westen bereits ein Bewusstseinswandel stattgefunden hat. In Afrika war die Zeit für diesen Prozess aber viel kürzer. Zwischen der Verabschiedung und dem Inkrafttreten des Pariser Abkommens im Jahr 2020 liegen rund fünf Jahre. Die Klimaverpflichtungen der Industriestaaten aus dem Kyoto-Protokoll bestehen aber seit 20 Jahren. Eines der dringendsten Aufgaben ist es ihrer Meinung nach, Energiesubventionierung abzuschaffen. Frau Safro plädiert für ein sinnvolles Vorantreiben der Energiewende auf allen Ebenen in allen Gesellschaften: ein Wandel, der aber nur in stabilen Gesellschaften möglich ist.

Stimmen aus Bangladesch

Herr Chowdhury spricht beim Klimawandel von einer veränderten Betroffenheit in Bangladesch und der Welt. Krisen und Kriege fanden oft in einzelnen Ländern statt, der Klimawandel betrifft nun alle. Er sieht es als problematisch an, dass Industriestaaten die Klimaauswirkungen nur zeitverzögert und abgeschwächt erleben. Denn diese Tatsache mindert ihre Anreize, umgehend in den Klimaschutz zu investieren und vergrößert so die Verwundbarkeit von Ländern wie Bangladesch. Mit aktuell 160 Millionen akut von Hunger bedrohten Menschen sind sich Experten in Bangladesch jedoch einig: es handelt sich beim Klimaschutz um eine sehr ernste Bedrohung für Menschen und Lebensräume, die keinen Aufschub zulässt.

Abholzung und Klimawandel

Das Abholzungsdebakel ist älter als die Klimaschutzdebatte. Aus dem Publikum kam daher die Frage, ob sich aus den Erfahrungen mit der Abholzung brauchbare Prognosen für die Klimabewältigung ableiten ließen. Diese Frage ist interessant, da Wälder eine positive Klimabilanz haben. Besonders in feuchten oder tropischen Gebieten bündeln sie große Mengen Kohlendioxid. Außerdem stabilisieren Bäume den Feuchtigkeitsaustausch, begünstigen Wolkenbildung und befestigen Böden. Das Podium betont, dass Wälder auch aus heutiger Sicht außerordentlich schützenswert sind. Wie in der Energiedebatte, sagt Frau Safro, ist eine wichtige Voraussetzung, unsere Nachfrage auf Tropenholz weiter zu

reduzieren. Herr Chowdhury erinnert, dass die Abholzung von Tropenholz in Bangladesch in den 1980er bis 1990er Jahren besonders radikal war. Seine Relevanz als Brennstoff oder zum Kochen hat das Holz aber bis heute nicht verloren. Bedauerlicherweise tauchen diese Länder in den Statistiken zur globalen Aufforstung nicht auf.

Arbeitsgruppen

In der Mittagspause wurden bangladeschische Hauptgerichte und Snacks serviert. Im Anschluss tagten die beiden Arbeitsgruppen und stellten unter der Leitung von Prof. Dr. Asit Datta ihre Ergebnisse vor. Das Thema der ersten Arbeitsgruppe war: "Erneuerbare Energien als Instrument zum Klimaschutz? Wie kann dies realisiert werden?". Die Arbeitsgruppe wurde von Dr. Mustafa Akram, Mitglied des EFB geleitet. Die zweiten Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Frage: "Wie können die Lebensbedingungen der Menschen an die Klimaveränderung angepasst werden?". Die Arbeitsgruppe wurde von Dinsha Shümann geleitet.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1: Erneuerbare Energien als Instrument zum Klimaschutz? Wie kann dies realisiert werden?

Leitung: Dr. Mustafa Akram, EFB e.V.

Alle Teilnehmer einigten sich auf die These, dass erneuerbare Energien und Energieeffizienz eine große Rolle in der Reduktion der Co₂- Emissionen spielen und damit einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Arbeitsgruppe diskutierte die beiden Fragen: Wie entwickeln sich der aktuelle Energieverbrauch und Energiebedarf in Entwicklungsländern? Welche alternativen Möglichkeiten stehen zur Verfügung?



in vielen Entwicklungsändern bleibt die Energieversorgung unzureichend. Die Gewinnung erfolgt in den meisten Entwicklungsländern zurzeit aus fossilen Rohstoffen, also aus Kohle, Gas und Erdöl. Folgende Probleme ergeben sich aktuell beim Einsatz erneuerbarer Energien in Südasien: Die Energiegewinnung aus Wind- und Wasserkraft ist technisch stark unterentwickelt. Solarenergie ist mit extrem hohen Kosten verbunden und wird daher

nur für kleine Projekte und einfache Verwendungen genutzt. Für Großprojekte oder gar den städtischen Verbrauch ist sie deshalb ungeeignet. Nuklearenergie ist mit erheblichen Risiken verbunden, für die den Entwicklungsländern oft das technische Knowhow und die Handlungsstrategien im Krisenfall fehlen. Im Zuge der aktuellen Abkehr von nuklearer Energiegewinnung ist diese Option ebenso wenig erstrebenswert. Folglich sind die meisten Entwicklungsländer gezwungen, fossile Rohstoffe weiterhin für die Energiegewinnung zu nutzen. Diese Abhängigkeit sollte aber stufenweise durch die Einführung erneuerbarer Energien reduziert werden.

In vielen Entwicklungsländern herrscht zudem eine Versorgungslücke: die Nachfrage nach Konsumgütern ist groß, aber es existiert wenig verarbeitende Industrie. Oft steht nicht genug Strom zur Verfügung, um die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Industrie zu decken. Um Produktion und Beschäftigung im gewerblichen Bereich sicherzustellen, geht die Energie zuerst an die Industrie. Dann fließt die Energie in die städtische Ober- und Mittelschicht. Das restliche Energievolumen wird dann unter großen Teilen der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten oder sozial durchmischten Städten aufgeteilt. Aufgrund der Armut und des unterentwickelten Wirtschaftsapparats können viele Haushalte für keine moderne Energieversorgung aufkommen. Der Primärenergiebedarf des Landes wird überwiegend durch Biomasse gedeckt, wobei die meisten Haushalte zum Kochen Holz als Brennstoff nutzen. Oft werden gesundheitsgefährdende Kerosinlampen für die Beleuchtung eingesetzt. Neben der Unfallgefahr verursacht der Rauch aus Kerosinlampen und aus traditionellen Herden oft Augen- und Atemwegserkrankungen und erhöht die Kindersterblichkeit durch Rauchvergiftungen, da Mütter oft mit ihren Säuglingen am Ofen kochen.

Möglicher Lösungsansatz

Mögliche Lösungswege für diese Probleme stellen lokale wie internationale Akteure vor eine große Herausforderung. Die Arbeitsgruppe diskutierte folgende Handlungsempfehlungen:

- Regionale Kooperationen zwischen benachbarten Ländern stärken, in Südasien zum Beispiel zwischen Bangladesch, Nepal, Bhutan, Burma und Indien
- Zusammenarbeit mit internationalen Kooperationspartnern intensivieren, um technische und finanzielle Unterstützung zu erhalten
- Energieerzeugung und Energieverbrauch effizienter gestalten, im Hinblick auf Netzverluste und die Einführung von Energiesparmaßnahmen. Ein Beispiel hierfür ist „Bandhuchula“, ein energiesparendes Küchenmodell, das für ländliche Haushalte in Bangladesch entworfen wurde.
- Bildungs- und Aufklärungsarbeit von lokalen Institutionen stärker fördern, um das Energie- und Umweltbewusstsein in der Bevölkerung zu stärken.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2: Wie können die Lebensbedingungen der Menschen an die Klimaveränderungen angepasst werden?

Leitung: Dinsha Schümann, Dipl.-Kaufmann und Indologe

Herr Schümann stellt zum Beginn die These auf, dass ein verantwortungsvollerer Ressourcenverbrauch unabdingbar ist, um die Lebensbedingungen der Menschen in Südasien an die Klimaveränderungen anzupassen. Das ist nur über einen grundsätzlichen Bewusstseinswandel möglich und setzt den politischen Willen der Mehrheit voraus, sich aktiv für den Wandel zu engagieren. Schnell entwickelte die Gruppendiskussion eine Eigendynamik und die Gruppe debattierte grundsätzliche Fragen über Ungleichheit und Verantwortlichkeit des Westens gegenüber anderen Teilen der Welt. Die Diskussion brachte viele Denkanstöße, die nicht immer neu in der Debatte waren, aber bis heute nichts an ihrer Relevanz eingebüßt haben.



Herr Schümann ist optimistisch, dass der erwähnte Bewusstseinswandel durch viel Anstrengung, eine transparente Informationspolitik und über einen entsprechend langen Zeitraum möglich ist. Da aber akuter Handlungsbedarf besteht, schlägt er erstens finanzielle Anreize vor, um klimaneutrale Produkte wettbewerbsfähiger zu machen. Zweitens sind effektive Kontrollmechanismen wichtig, die verhindern, dass fossile Energie „reingewaschen“ wird oder klimaschädliche Produkte weiter subventioniert werden. Die Arbeitsgruppe kommt zu dem Schluss, es sei die Aufgabe des Westens, zu verhindern, dass Klima- und Entwicklungsfehler in Asien oder Afrika wiederholt würden. Wir können aber keine Forderungen an Schwellen- und Entwicklungsländer stellen. Wir können den Verzicht lediglich vormachen und damit attraktiv machen, sagt ein Gruppenmitglied. Weiter gilt es den Widerspruch aufzulösen, dass die Nachfrage auf viele Produkten aus dem Westen kommt, der Ressourcenverbrauch für die Produktion oder gar die Entsorgung dann aber auf ein Klimakonto im Ausland geht.

Ein weiterer entscheidender Punkt ist die Umverteilung beziehungsweise der Zugang zu Nahrungsmitteln. Solange nicht jeder Mensch über ausreichend Nahrung und über ein Mindestmaß an Bildung verfügt, ist kein Durchbruch im Klimaschutz möglich. Klima-

initiativen stoßen angesichts existentieller Fragen an ihre Grenzen. Dabei sind Ernährungssicherheit und Bildung auf der einen und Klimaschutz auf der anderen Seite nicht nur aneinander gekoppelt, sondern bedingen einander auch.

Herr Chowdhury bedauert die mangelnde Bereitschaft einiger Regierungen, sich aktiv für den Klimaschutz einzusetzen. Er plädiert einerseits für mehr soziale Annäherung, um Berührungspunkte abzubauen und das Gefühl der gemeinsamen Betroffenheit zu stärken. Andererseits wirbt er für Kooperationen und unkonventionelles Denken: Deutsche Expertise sei beispielsweise im Ausland gut zu gebrauchen, ein Land wie Deutschland könne es sich aber oft nicht leisten, neue und innovative Lösungswege zu beschreiten. In seinen Augen stehen Bürokratie und festgeschriebene Prozesse neuen Lösungsansätzen oft im Weg. Herr Chowdhury sagt, Europa könne auch viel von Bangladeschs Graswurzelbewegungen lernen und westliche Länder sollten im Gegenzug ihre Effizienz und ihren Gestaltungswillen nach außen tragen. Chowdhury plädiert für stärkeren Austausch auf der kommunalen Ebene: in der Verwaltung, in der Wirtschaft, im NGO-Sektor und in der Kultur.

Nach der Präsentation der Ergebnisse gab es Raum für Publikumsfragen, die unter der Leitung von Prof. Asit Datta diskutiert wurden. Es wurde ein starkes Interesse der Teilnehmer am Thema deutlich, das in dem vorgesehenen Zeitraum nicht erschöpft werden konnte. Ebenso wurde deutlich, dass mehr Informationsarbeit nötig ist, um hierzulande das Bewusstsein für die Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern zu erhöhen. Im Anschluss an die Diskussion tauschten sich die Teilnehmer beim gemeinsamen Abendimbiss aus.

Fotoausstellung

Die Veranstaltung wurde begleitet von einer Fotoausstellung mit dem Titel: „Mensch, Klima, Umwelt“. Die Ausstellung gab dem Seminar einen visuellen Rahmen und verdeutlichte die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen und die Umwelt in Bangladesch. Die Fotografien griffen verschiedene Aspekte auf: sie gaben Impressionen von dem Nebeneinander von Dürre und Überschwemmung im Land und zeigten Eindrücke von Klimamigration. Die Ausstellung wurde von den Besuchern positiv aufgenommen. Sie war über das Seminar hinaus noch eine Woche im Foyer des Rudolf Steiner Haus zu sehen.

Teil III

Klimaschutz und Klimaflucht: Klimaveränderungen und die Zerstörung von Lebensräumen

Montag 17.10.16 | 18 – 20 Uhr

In Kooperation mit: W3 Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V., Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Einleitung³

Im heutigen Seminar stehen Klimaveränderungen in Küstengebieten und der Umgang mit klimabedingter Zerstörung von Lebensräumen im Vordergrund. Von Klimaflucht ist die Rede, wenn Menschen gezwungen sind, aufgrund von Umweltveränderungen ihre Heimat zu verlassen, für die die globale Erderwärmung als Ursache angesehen wird. Wie gehen Menschen in den davon betroffenen Gebieten mit den Auswirkungen um? Welche Rolle spielen sie im Pariser Klimaabkommen und was wird zu ihrem Schutz getan?

Programmübersicht: 17. Oktober 2016

- 18:00 Uhr Begrüßung durch die Veranstalter
- 18:05 Uhr Klimaveränderungen und die Zerstörung von Lebensräumen
Sujit Chowdhury, Ex-Klimaberater der Botschaft der BRD in Dhaka, Senior Advisor, Bangladesh Bandhu Foundation
- 18:45 Uhr Klimawandel, Migration und Konflikte am Beispiel Ostafrika
Dr. Janpeter Schilling, Juniorprofessor, Universität Koblenz-Landau
- 19:15 Uhr Podiumsdiskussion
- 20:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Klimaveränderungen und die Zerstörung von Lebensräumen

*Sujit Chowdhury, Ex-Klimaberater der Botschaft der BRD in Dhaka,
Senior Advisor, Bangladesh Bandhu Foundation*

Herr Chowdhury wiederholte an dieser Stelle seinen Vortrag vom 15. Oktober 2016 zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensgrundlage der Menschen in Bangladesch. Er kann auf den Seiten 18 - 19 nachgelesen werden. Eine Zusammenfassung seines Vortrags in englischer Sprache befindet sich im Anhang zu diesem Bericht.

Der folgende Vortrag von Professor Jan-Peter Schilling thematisiert Klimawandel und Migration mit Länderbeispielen aus Ostafrika. Eine umfassende Zusammenfassung seines Vortrags ist ebenso im Anhang abgedruckt.

³ Die Einleitung basiert auf einem Text von ZeitAlter – Global Lernen & lokale Handeln.

Klimawandel, Migration und Konflikte am Beispiel Ostafrika⁴

Dr. Janpeter Schilling, Juniorprofessor der Universität Koblenz-Landau



Wissenschaftlich ist der Zusammenhang zwischen Klimawandel, Migration und Konflikten noch unzureichend verstanden. Der Großteil der Literatur geht davon aus, dass der Klimawandel ein potentieller Treiber sowohl von Migration als auch von bewaffneten Konflikten ist (Scheffran et al. 2012b). Wie stark der Einfluss des Klimawandels jedoch ausfällt, ist derzeit umstritten (Burrows and Kinney 2016). Dies liegt zum einen daran, dass die Gründe für Migration selten monokausal sind. Das heißt, dass Menschen selten aus nur einem Grund migrieren und so oft mehrere sogenannte „Push-Faktoren“ parallel auftreten. Dies führt zu dem zweiten Problem: die Unterscheidung von Klima- und Umweltveränderungen von anderen Push-Faktoren wie etwa Armut, Verfolgung und Gewalt.

Dies lässt sich gut am Beispiel der Fluchtbewegungen von Somalia nach Kenia verdeutlichen. In Kenia leben gut eine halbe Million Flüchtlinge aus Somalia (UNHCR 2016). Oft werden die wiederholt auftretenden Dürren und die damit verbundenen schlechten Nahrungs- und Lebensmittelbedingungen als Grund für die Fluchtbewegungen nach Kenia angeführt (UNOCHA 2011). Die untenstehende Abbildung legt jedoch nahe, dass die Anzahl der somalischen Flüchtlinge (rosa Kurve) eher mit der Anzahl der Konflikttote in Somalia (graue Balken) zusammenhängt, als mit dem Auftreten von Dürren (oranger Balken). Die Darstellung ist keine wissenschaftlich belastbare Korrelationsanalyse. Dennoch zeigt sie das parallele Auftreten von verschiedenen Push-Faktoren.

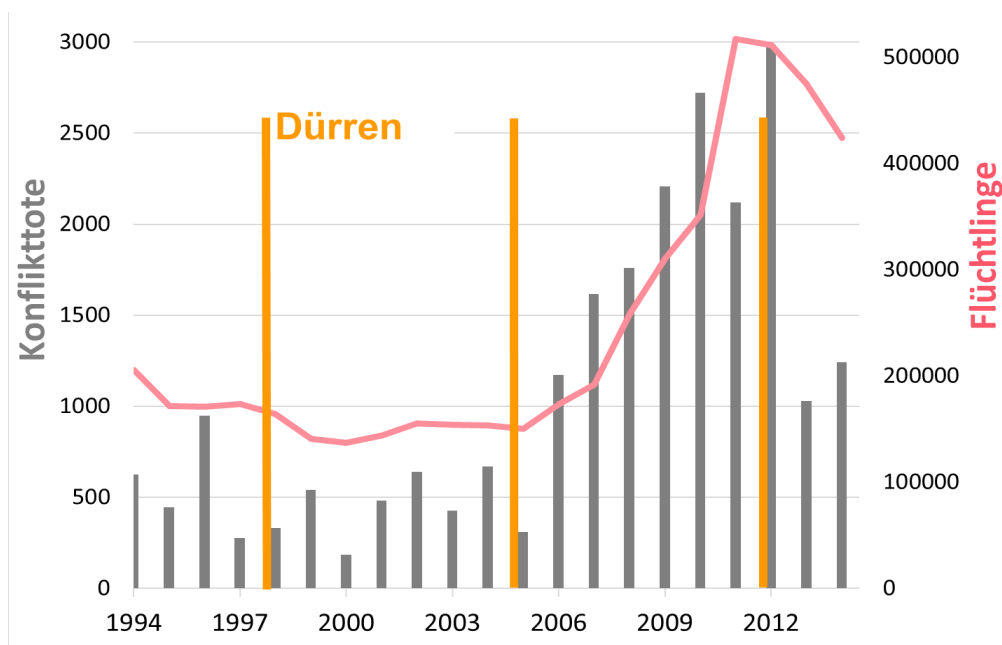


Abbildung: Somalische Flüchtlinge in Kenia, Dürren und Konflikttote in Somalia (eigene Darstellung von Lisa Krause und Janpeter Schilling, auf Datengrundlage von UNHCR 2016; UCDP/PRI0 2015; Reliefweb 2016, 2012, 2005)

⁴ Text: Jan-Peter Schilling. Seine Abhandlung zum Klimawandel im Allgemeinen und das zugehörige Quellenverzeichnis sind im Anhang abgedruckt.

Das zweite Beispiel geht auf die Auswirkungen von Klimaveränderungen auf bewaffnete Konflikte in Nordwest-Kenia ein. Die Region ist die ärmste und am wenigsten entwickelte des Landes. Die Zentralregierung in Nairobi hat es hier bisher nicht verstanden, eine Wirtschafts-, Bildungs- und Transportinfrastruktur aufzubauen. Hirtenvölker, insbesondere die Turkana und die Pokot, kämpfen hier um Vieh, Wasser und Wiesenflächen. Kaum ein Monat vergeht, ohne dass bei den Kämpfen Menschen getötet oder verwundet werden (Schilling et al. 2012; Schilling 2015). Laut offiziellen Angaben kosteten die Konflikte auf dem Gebiet der Pokot und Turkana alleine 2009 mehr als sechshundert Menschen das Leben (CEWARN 2010). Um die Ursachen des Konflikts zwischen den Turkana und Pokot besser zu verstehen, wurden die Hauptgewaltakteure, sprich die Viehdiebe, zu ihren Motiven befragt (siehe Schilling et al. 2012; Schilling 2015). Die Viehdiebe auf der Seite der Pokot gaben die zu zahlende Brautsteuer (üblicherweise mehrere Dutzende Schafe, Ziegen und Kamele) und eine Steigerung des eigenen Wohlstands als wichtigste Gründe für die Durchführung von Angriffen auf die Turkana an. Bei den Turkana hingegen stellten sich Hunger und Dürre als wichtigste Konfliktmotive heraus. Damit ist ein Einfluss von klimatischen Bedingungen zumindest bei einer Konfliktpartei festzustellen.

Der Konflikt zwischen den Turkana und Pokot nahm im April 2015 eine Wendung. Nach dem „Massaker von Nadome“ mit zahlreichen Toten auf beiden Seiten, wurde ein Friedensprozess sowohl von der Zentralregierung als auch von lokalen Führern gestartet. Seitdem ist es zwischen den beiden Konfliktparteien zu keinen größeren Angriffen mehr gekommen. Die gesamte Region ist sicherer geworden und es wurden die ersten Ehen zwischen Turkana und Pokot geschlossen. Durch zunehmenden Handel und eine kooperative und damit effizientere Nutzung von Wasserstellen und Weideflächen fällt es beiden Gruppen nun leichter, sich an die Dürren und an veränderte Niederschlagsmuster anzupassen (eigene Beobachtung auf bisher unveröffentlichten Daten des Autors).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Klimawandel ein potentieller Treiber von Migration und ein möglicher Verstärker von Konflikten ist. Wie groß der Einfluss des Klimawandels jedoch ausfällt, ist noch kaum verstanden und derzeit umstritten. Das Beispiel der Fluchtbewegung von Somalia nach Kenia zeigt, dass es schwierig ist, klimatische Veränderungen und Bedingungen von anderen Push-Faktoren, wie etwa Gewaltkonflikten, zu unterscheiden. Am Beispiel des Turkana-Pokot-Konfliktes wird deutlich, dass der Klimawandel bestehende Konflikte verschärfen kann. Andererseits ist Frieden die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Anpassung an den Klimawandel.

Dank und Auswertung der Veranstaltungsreihe

Die Veranstaltungsreihe im Herbst 2016 fand wie geplant statt. Die Seminare erfreuten sich großen Interesses des Publikums. Die Zuhörerinnen und Zuhörer waren offen für die Thematik und waren sich seiner Aktualität bewusst. An den Podiums- und Publikumsdiskussionen beteiligten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aktiv.

Die Zeitplanung der Veranstaltungsreihe wurde als unzureichend empfunden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer baten darum, weitere Veranstaltungen zu den Themen zu organisieren. Die Fotoausstellung im Rudolf Steiner Haus im Oktober wurde sehr begrüßt. Bei dem anschließenden Umtrunk am 30. September 2016 und dem gemeinsamen Kaffee und Mittagessen am 15. Oktober 2016 konnten die Themen unter den Teilnehmenden weiter diskutiert und vertieft werden. Einige Besucherinnen und Besucher vermissten auch die Kulturveranstaltung, die wir aufgrund eines finanziellen Engpasses dieses Jahr nicht anbieten konnten.

Für diese Veranstaltungsreihe arbeitete das Entwicklungsforum Bangladesh mit Menschen aus mehreren Ländern und Vertretern verschiedenster Institutionen zusammen, von der Politik, über gemeinnützige Vereine bis hin zu einer Graswurzelbewegung. Dies hat die Organisationsarbeit strapaziert und erfordert eine strengere Einhaltung des Programmablaufs. Wir werden daraus Konsequenzen ziehen und die nächsten Veranstaltungen frühzeitiger und intensiver planen. Die gesetzten Ziele der Veranstaltung konnten im Wesentlichen erreicht werden. Das EFB e.V. bedankt sich für die vielen persönlichen und fachlichen Eindrücke und für die neuen Kontakte, die über die Seminare geknüpft werden konnten.





Anlagen

Referenten und Moderatoren

Dr. Satya Bhowmik, Entwicklungsforum Bangladesh e.V.



Dr. Satya Bhowmik wurde 1955 in Bangladesch geboren und kam 1974 für ein Studium in die damalige DDR. Im Jahre 1977 wechselte er an die Universität Hamburg, wo er 1986 seinen Magister in Wirtschafts- und Sozialgeschichte machte. Zwei Jahre später promovierte er an der Universität Heidelberg über den Sprachkonflikt in Pakistan. Von 1989 bis 1991 absolvierte er eine IT-Ausbildung bei Siemens Nixdorf und ist seitdem im IT-Bereich tätig. Dr. Bhowmik ist 2. Vorsitzender des Entwicklungsforum Bangladesh e. V.

Sujit Chowdhury, ex-Klimaberater der Botschaft der BRD in Dhaka, Senior Advisor, Bangladesh Bandhu Foundation



Sujit Chowdhury wurde 1955 in Chittagong, Bangladesh, geboren. Für sein Studium der Wirtschaftswissenschaften kam er 1975 nach Deutschland. Von 1981 bis 1983 folgte ein Postgraduiertenstudium an der Georg-August-Universität, Göttingen.

In den Folgejahren war Chowdhury als Gastdozent tätig. Seit 2010 steht er internationalen Institutionen in Bangladesch als leitender Berater zur Seite. So engagierte er sich von 2010 bis 2012 im Programm "Erneuerbare Energie und Energieeffizienz" der GIZ und berät seit 2014 die Bangladesh Bandhu Foundation. Von 2010 bis 2015 fungierte er als Klimaberater der Deutschen Botschaft in Dhaka. Chowdhurys akademische Publikationen und Herausgebungen umschließen Veröffentlichungen in deutschen und bengalischen Büchern und Magazinen. Er wirkte auch an zahlreichen deutschen Publikationen mit, unter anderem in: "Globalisierung der Wissenschaft: Süden-Forschung im Norden. Wie nützlich ist Entwicklungsländerforschung im Norden für die berufliche, wissenschaftliche und kulturelle Reintegration afrikanischer und asiatischer Absolventen deutscher Universitäten im Heimatland?" (1997).

Dr. Shameem Mahmud, Universität Hamburg/University of Dhaka, Bangladesch



Dr. Shameem Mahmud schloss 2000 sein Studium der Journalistik an der University of Dhaka ab. Nebenbei berichtete er für die bengalische Tageszeitung „Sangbad“ als Korrespondent der Universität. Von 2001 bis 2008 war er für den „Daily Star“, eine englischsprachige Tageszeitung in Bangladesch, tätig. Darüber hinaus unterrichtete er von 2005 bis 2008 am „Department of Mass Communication and Journalism“ der University of Dhaka.

2008 nahm Shameem Mahmud an einem Erasmus Mundus Masters Programm teil, das ihn von der Aarhus University (Dänemark) über die University of Amsterdam (Niederlande) an die Universität Hamburg brachte. Hier absolvierte er seinen Magister in "Journalism, Media und Globalisation" und unterrichtet seit 2010 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Journalistik und Kommunika-

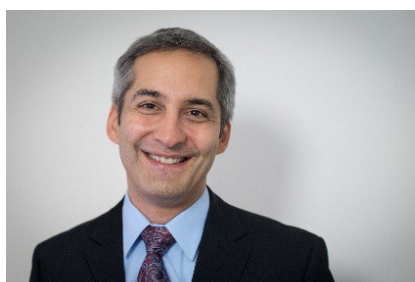
tionswissenschaften und am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg. Sein aktuelles Forschungsthema ist die „Öffentliche Diskussionen über den Klimawandel“ beim Exzellenzcluster „Integrated Climate System Analysis and Prediction“ (CliSAP). Shameem Mahmud ist Mitglied verschiedener journalistischer Vereinigungen, u.a. bei der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK).

Prof. Dr. Joachim Betz, GIGA Institut für Asien Studien, Hamburg



Prof. Dr. Betz studierte von 1966 bis 1973 an den Universitäten Erlangen, Tübingen und Montpellier. Sein beruflicher Werdegang führte über Reutlingen an das Institut für Politische Wissenschaft der Universität Tübingen. Seit 1981 ist Prof. Dr. Betz wissenschaftlicher Mitarbeiter am German Institut for Global and Area Studies (Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien). Seit 2007 ist er zuständig für die Bereiche Südasien, Entwicklungsfinanzierung, Verschuldung, Rohstoffe und Nord - Süd-Verhandlungen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Parteien in Indien, Globalisierung und Entwicklungsländer, Sicherheit in Südasien und Good Governance.

Dinsha Schümann, Wirtschaftswissenschaftler, Hamburg



Dinsha Schümann ist seit 2010 Wirtschaftsdozent an verschiedenen Hamburger Hochschulen in den Bereichen: Internationales Management, Personalmanagement, Finanzierung, Controlling und Bilanzierung. Zudem berät er deutsche Unternehmen bei ihrem Indiengeschäft. Er hat zwei Abschlüsse der Universität Hamburg: Seit 2005 hat er ein Diplom in Betriebswirtschaftslehre sowie seit September 2015 einen Bachelor als "Moderner Indologe".

Durch seinen indischen Vater und seine deutsche Mutter ist er seit jeher mit beiden Kulturen sehr eng verbunden und bereits viele Male in Indien gewesen. Nach seiner langjährigen Tätigkeit bei der „Allianz Deutschland AG“ mit Auslandseinsätzen in Indien und China arbeitete er im Jahr 2012 zudem acht Monate als Projektmanager beim OAV - German Asia Pacific Business Association und hält regelmäßig Vorträge und Seminare zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Indien.

Prof. Dr. Asit Datta, Leibniz Universität Hannover, Hannover



Prof. Dr. Asit Datta wurde 1937 in Midnapore (Westbengalen/Indien) geboren und absolvierte an der Calcutta University einen Bachelor in Naturwissenschaften sowie in Philologie (Anglistik, bengalische Sprache und Literatur). Im Jahr 1961 kam Asit Datta nach Deutschland, wo er an der Universität München Germanistik, Anglistik und Soziologie studierte und 1971 in Germanistik promovierte. Von 1971 bis 2002 war er als Dozent für politische Bildung am IAS Sonnenberg tätig, von 1974 bis 2002 an der Leibniz Universität Hannover, wo er 1985 in Erziehungswissenschaften habilitierte und als Professor tätig war.

Der emeritierte Professor ist Mitgründer der Einrichtung "AG Interpäd" (Interkulturelle Pädagogik), die er von 1985 bis zur Emeritierung 2002 als Geschäftsführender Leiter

betreute. Seitdem ist er Vorsitzender h.c. der AG Interpäd. Zudem ist Prof. Dr. Asit Datta u.a. Mitgründer von Germanwatch. Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen gehören u.a. "Welthandel und Welthunger" (München 1994, dtv).

Dr. Anke Butscher, Anke Butscher Consult, Hamburg



Anke Butscher, geb. am 28. Juni 1967 in München, absolvierte ihr Studium der Evangelischen Theologie in Nürnberg/Erlangen, Santiago de Chile und Hamburg. Von 2000 bis 2004 war sie Geschäftsführerin von EINE WELT NETZWERK e.V. Hamburg. Zudem war die Mutter eines Kindes als Lehrbeauftragte an der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie, Hamburg tätig. Neben der Leitung ihrer Politik- und Unternehmensberatung "Anke Butscher Consult" promovierte Anke Butscher über das Thema "Im Schatten demokratischer Legitimität – Wirkungsweise und Einfluss auf die Armutsbekämpfung in Nicaragua".

Karin Heuer, umdenken Politisches Bildungswerk Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V., Zukunftsrat Hamburg

Karin Heuer, 1954 in Hamburg geboren, arbeitet seit 1993 für die Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg. Sie ist zuständig für die Bereich Bildung, Umwelt, nachhaltige Entwicklung und zusätzlich seit 2002 für die Geschäftsführung. Davor war sie als Landwirtschaftlich-Technische Assistentin u. a. im Bereich Meeresforschung und Umweltschutztechnik tätig. In der Bundestagsfraktion der Grünen hat sie von 1987-1989 als wissenschaftliche Mitarbeiterin zu den Themen Datenschutz sowie Gen- und Reproduktionstechnologie gearbeitet. Sie ist gewähltes Mitglied im Beirat der Landeszentrale für politische Bildung. Außerdem u. a. im BUND, der Deutsch-Tansanischen-Partnerschaft und im Zukunftsrat Hamburg.

Dr. Barbara Saerbeck, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Forschungszentrum für Umweltpolitik

Dr. Barbara Saerbeck ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum für Umweltpolitik. Ihr ist die Leitung des Teilprojekts "Hinter den Kulissen: Zur Rolle internationaler Sekretariate in der internationalen Umweltpolitik" der DFG-Forschergruppe "Internationale Verwaltung" übertragen worden. Sie wurde 2013 an der Freien Universität Berlin promoviert. In ihrer Dissertation deckte sie mit Hilfe neo-institutioneller, organisations- und verhandlungstheoretischer Modelle das Einflusspotenzial der Europäischen Umweltagentur auf die politische Entscheidungsfindung auf. Seit 2013 arbeitet sie an unterschiedlichen Projekten am Forschungszentrum für Umweltpolitik mit und organisierte u.a. die Konferenz [„Towards a Global System of Multi-Level Climate Governance“](#) in Zusammenarbeit mit dem IASS e.V. Potsdam.

Dr. Delia Schindler, Zukunftsrat Hamburg e.V.

Dr. Delia Schindler ist Sprecherin des Zukunftsrat Hamburg e.V. und ist Mitglied des Dialog-Beirats der Stadt Hamburg. Sie ist derzeit Head of Work Environment bei der Tchibo GmbH. Zuvor war sie ebenfalls bei Tchibo in der Category Leader Governance und im Stakeholder Management tätig. Die Umsetzung nachhaltigen Wirtschaftens stand schon bei der Hamburger Drogeriemarktkette Budnikowsky im Zentrum, wo sie fünf Jahre lang tätig war. Sie hat im Sommer 2009 ihre Dissertation mit dem Titel: "Urban Governance: Wandel von Steuerungsmustern durch das Leitbild Nachhaltigkeit? Eine vergleichende Studie der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg und Wien" abgeschlossen. Zuvor war sie u.a. jahrelang als Journalistin für diverse Tageszeitungen tätig und hat ihr Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Hamburg abgeschlossen.

Portia T. Sarfo, Völkerrechtlerin und Mediatorin sowie Vorsitzende des Eine-Welt-Netzwerk Hamburg e.V.

Die Völkerrechtlerin wurde in Ghana geboren. Aufgewachsen ist sie in Hamburg und hat hier Rechtswissenschaften und Internationale Politik studiert. An der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer hat sie sich auf Europäisches Migrationsrecht sowie Humanitäre Hilfe spezialisiert. Sie war für nichtstaatliche internationale Organisationen und die Vereinten Nationen tätig und engagiert sich bei Migranten-(selbst-)Organisationen. Derzeit arbeitet sie als interkulturelle Mediatorin sowie als Beraterin für Organisationsentwicklung, Menschenrechte und Internationale Zusammenarbeit. Portia T. Sarfo spricht mehrere Akan-Sprachen (Twi, Asante), Englisch, Französisch und Spanisch. Die Menschenrechtsadvokatin ist seit Mai 2015 im Vorstand des Eine-Welt-Netzwerk Hamburg e.V. aktiv und setzt sich insbesondere für den interkulturellen Dialog sowie für die Rechte von jungen Mädchen und Frauen ein.

Prof. Dr. Janpeter Schilling

Janpeter Schilling studierte Geographie an der Universität Hamburg. 2012 promovierte er zu dem Konflikt der Pokot und der Turkana in Nordwest-Kenia. Aktuell lehrt Schilling an der Universität Koblenz-Landau und ist Mitglied der Forschungsgruppe "Research Group Climate Change and Security" (CLISEC). Professor Schilling forscht unter Anderem zu den Themen Klimawandel, Entwicklung und Migration. Seine Forschung konzentriert sich auf die Regionen Nord-, Süd- und Ostafrika sowie Südasien.

Weiterführende Informationen

Adelphi Research (2013). Adaptation to climate change for peace and stability. https://www.adelphi.de/de/system/files/mediathek/bilder/adaptation_for_peace_and_stability_study-complete_1_0.pdf.

Betz, Joachim, Scholvin, Sören (2016). Fossile Energie bleibt dominant in Asien. https://www.giga-hamburg.de/de/publikation/fossile-energie-bleibt-dominant-in-asien?utm_source=GIGA+Hamburg+%7C%C2%A0Newsletter&utm_campaign=c88ea5071e-RSS_FOCUSASIA_CAMPAIGN&utm_medium=email&utm_term=0_3bb391c27b-c88ea5071e-215418517.

Climate Change News (2015). Bangladesh capital faces future influx of climate refugees. <http://www.climatechangenews.com/2015/11/25/bangladesh-capital-faces-future-influx-of-climate-refugees/>.

Climate Change News (2013). Bangladesh pushes adaptation strategy as climate fears grow. <http://www.climatechangenews.com/2013/04/23/bangladesh-focuses-on-adaptation-as-climate-fears-grow/>.

Fuhr, Lili et al. (2015). COP 21 und das Abkommen von Paris: Das Erwachen der Macht. <https://www.boell.de/de/2015/12/17/cop-21-und-die-vereinbarung-von-paris>.

International Public Administration (2016). Behind the Scenes: Mapping the Role of Treaty Secretariats in International Environmental Policy-Making (ENVIPA). <http://ipa-research.com/envipa>.

Ministry of Environment and Forests (MOEF). Government of the People's Republic of Bangladesh (2015). Intended Nationally Determined Contributions (INDC). http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/Bangladesh/1/INDC_2015_of_Bangladesh.pdf.

Rabbani, Golam et al. (2013). Salinity-induced loss and damage to farming households in coastal Bangladesh. In: International Journal of Global Warming. Vol. 5, No. 4, 2013. <http://loss-and-damage.net/download/7228.pdf>.

Tagesschau (2016). Weg frei für den Weltklimavertrag. EU ratifiziert Pariser Abkommen. <http://www.tagesschau.de/ausland/weltklimavertrag-101.html>.

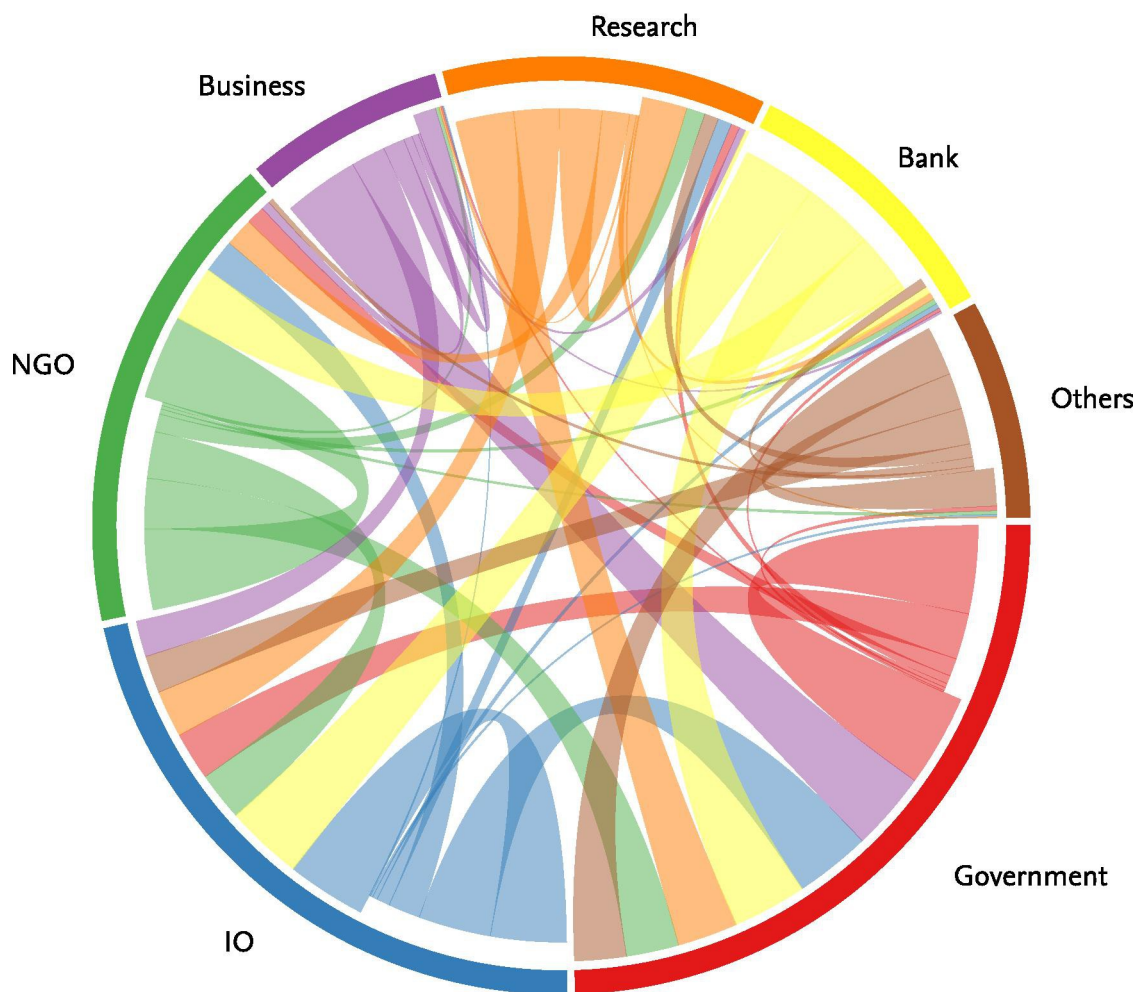
Welthungerhilfe (2015). Auswirkungen des Klimawandels auf eine nachhaltige Ernährungssicherung. Mit Fallstudien in Kenia, Pakistan, und Peru. http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/user_upload/Themen/Klima/Klimakonferenz/Studie-Auswirkungen-Klimawandel-Ernaehrungssicherung-PIK-Welthungerhilfe-2015.pdf.

World Resources Institute (2016). Paris Contributions Map. <http://cait.wri.org/indc>.

World Resources Institute (2016). Country Profile Bangladesh. <http://cait.wri.org/indc/#/profile/Bangladesh>.

Grafik Netzwerkanalyse⁵

Diese Grafik ist ein Anhang zum Vortrag von Dr. Barbara Saerbeck, einsehbar auf den Seiten 10-11. Die Grafik ist eine alternative Darstellung der Netzwerke der Akteure, die Frau Saerbeck in ihrer Studie untersucht hat.



⁵ Vortrag: Dr. Barbara Saerbeck, Grafik: Severin Sperzel.

Climate Displacement in Bangladesh: Comprehensive Rehabilitation Required for Right based Solutions for Displaced Persons⁶

Sujit Chowdhury, Ex-Klimaberater der Botschaft der BRD in Dhaka, Senior Advisor, Bangladesh Bandhu Foundation

Introduction

The issue of 'climate change induced forced displacement' has received immense importance in recent discourses. It is evident that the greatest single impact of climate change might be on human migration/displacement; a development estimation of the IPCC First Assessment Report 1990 (IPCC AR1) predicted migration of 150 million people by 2050. This means that by 2050 one in every 45 people in the world and one in every 7 people in Bangladesh will become displaced by climate change.

U.S. Secretary of State John Kerry visited Bangladesh on 31st August, 2016. He said that Bangladesh is the world most vulnerable to climate change as it is heavily populated, low-lying coastal regions that are also subject to devastating storms such as cyclones and hurricanes. This places Bangladesh near the very top of the countries at risk, with an estimated 15 million people who could be displaced by 2050.

Recently Tropical Storm Roanu hit in the coastal area of Bangladesh which 27 (15 men and 12 women) people died and 1.3 million people affected and over 200,000 displaced from the 7 districts of Bangladesh.

In Bangladesh it is common that after any water-related disaster where homes are inundated, people will stay on the nearest high ground or in a collective center such as a school or cyclone shelter until the water receded sufficiently for them to move back to their home and begin repairing it. Monitoring both the water level and the number of people living on roadsides and embankments over the coming days will give a clearer picture in regard to displacement. According to the report of cyclone Roanu assessment it is found that among the affected 7 districts, communities of Cox's Bazar, Noakhali and Bhola need highest % of need in need of immediate shelter (MoDMR, 2016).

Bangladesh, which is frequently cited as a 'ground case' of displacement and migration, is also struggling with an increased number of displaced people resulting from both slow and sudden onsets. According to the report of Centre for Environment and Geographical Information System (CEGIS), Riverbank erosion generally makes about 50,000 to 2,00,000 people homeless annually. Although many scholarly articles have warned about future floods of climate change induced displacement, no policy measures have yet been taken; even the terms and concepts referring to climate change induced displacement are found dissimilar throughout the literatures. According to the report of YPSA and Displacement Solutions (2012), among the 64 districts of Bangladesh, 26 coastal and mainland districts are already producing climate displacement. It also found that almost 6 million people displaced from their home and land due to climate change in Bangladesh. According to the report of "Trend and Impact Analysis of Climate Displacement in Bangladesh" published by Comprehensive Disaster Management Program (CDMP), about 46% people temporarily displaced and 12% people permanently displaced due to different hazards in four climate hotspots of Bangladesh?

One of the most dramatic impacts is forced movement of people throughout Bangladesh as a result of losing their homes, lands, property and livelihoods due to the impact of climate change. Seventy percent (70%) of land of Barisal and Khulna divisions is affected by different degree of salinity, which reduces agricultural productivity. On the other hand it is revealed that due to the impact of climate change, sizes of Kutubdia Island reduced almost 50% in last 20 years. International reputed newspaper The Guardian reported that since 1991, six villages on the island completely have gone to the sea and about 40,000 people have fled and most of them got

⁶ Dieser Artikel wurde verfasst von Sujit Chowdhury (2016).

temporary shelter to the coast near Cox's Bazar. The vast majority of these people will be displaced domestically – not across international borders – presenting the government with enormous challenges, particularly when it comes to finding places to live and work for those who have been displaced. Increased river bank erosion and saline water intrusion in coastal areas are likely to displace hundreds of thousands of people who will be forced to migrate, often to slums in Dhaka and other big cities.

Rights of Climate Displaced Persons

People who move or who are displaced within their own country are often referred to as migrants or internally displaced persons, and are entitled to certain rights. If you are displaced from your home because of climate change and are a climate displaced person or part of a larger climate-affected community, this means that you have become entitled to a very specific set of rights which your government is required to fulfill and which arise directly from your status as a climate displaced person (YPSA and DS, 2015). The Rights that belongs to climate displaced persons in Bangladesh and also all over the world are

- ≠ The right to humanitarian assistance
- ≠ The right to adequate housing and shelter
- ≠ The right to land
- ≠ The right to food, water and adequate sanitation
- ≠ The right to education
- ≠ The right to medical assistance and health services
- ≠ The right to freedom of movement
- ≠ The right to choose one's residence
- ≠ The right to relocate.

One of the best ways to secure these rights is through a planned process of organised relocation if this is the wish of the people affected. This is one of the key areas where every citizens can ask for help from the government. Governments have a legal responsibility to plan and organise the relocation of communities facing climate displacement to safe areas where they can access housing, land, health, education and other basic services.

Rehabilitation Program for Climate Displaced Persons of Bangladesh

The rehabilitation of displaced persons by government and non-government sectors are, to date, insignificant in terms of the total number of displaced persons. Importantly, livelihood problems remain after the rehabilitation of displaced persons. There should be a rights-based solution to this problem. There should be initiatives to generate sustainable employment opportunity for the rehabilitation of climate displaced persons. Therefore, there is a need to review the relevant policies and institutional frameworks identifying the protection gaps and adopting new policies to protect the environmental migrants.

In Bangladesh, generally persons displaced in rural areas initially try to relocate within their village environment, then to neighboring villages or to nearby embankments or char land and move to urban areas when no other livelihood options are available in their known rural surroundings. Rural-urban migration has accounted for rapid urbanization in Bangladesh, with urban slums becoming increasingly populated by impoverished rural-urban migrants.

Many rural households of Bangladesh have become landless after cyclones, floods and river erosion. Floods often render their lands unsuitable for cultivation and inhabitable. Cyclones are often accompanied by floods and cause the land to be washed away, along with the destruction of dams, irrigation canals, houses, etc. After losing their farm and homestead land, people have to find new land and often settle on so-called khas land, which is officially state-owned land often located in marginal areas along the coasts and rivers. Settlement on and allocation of khas land is often highly disputed and highly insecure from a legal tenure perspective. Since its independence, the Government of Bangladesh has enacted many laws and policies regarding the distribution of khas land. However, the laws, supporting regulations and policies are complicated and their implementation is not always enforced. In 1972, after a catastrophic cyclone in the coastal areas, the Land Administration and Land Reforms Division began to rehabilitate the landless by creating seven cluster villages in the chars in Noakhali, Lakshmipur and Feni districts. In 1987, the Ministry of Land launched the Land Reforms Action programme, an initiative to strengthen and enforce previous resettlement programmes for distribution of Khas and unoccupied state-owned land to landless families. Several resettlement programmes such as Adarsha Gram (AG), Asrayan and Abashan have been implemented, and some are ongoing. The beneficiary families are selected through the local administration and then settled in communities ranging from 30-300 families. The families are provided with government khas land for homesteads, agricultural and community purposes and resources for income generation, production and community development. Khas land is legally reserved for distribution to landless households as defined above. However, some groups of landless households are excluded, such as households headed by unmarried women or widows with only daughters or no children at all. In addition, the government has imposed ceilings (60 Bighas, or about 8 hectares) on land ownership to redistribute land from holdings above the "ceiling" to the landless or those with holdings below an efficient farm size (UNEP, 2013).

In 1987, the Government formed Guccha Grams (clustered villages) for landless people. Several NGOs took the opportunity to cooperate with the Government on the land distribution tasks. This cooperation has continued, furthermore, NGOs have assisted the government in its program of Adarsha Gram (ideal villages) which aims to provide comfort by constructing houses for the distressed poor. NGOs also rehabilitated the displaced and landless people establishing Guchhagram (cluster village) through purchasing land with financial support from INGOs (Manzurul, 2013).

The national policies concerning climate change and environmental issues such as the BNEP, 1992, the Coastal Zone Policy 2005, the NAPA 2005 and the BCCSAP, 2009 identify the many problems due to climate change. However, there are no clear indications of how population displacement problems will be addressed in these documents. In addition, there are no detailed action plans with a timeframe address this problem. There are no proper and adequate rehabilitation programmes for climate displaced persons. In addition, there is a lack of accountability and transparency in the implementation of emergency responses and rehabilitation programmes. In many cases, negligence and corruption of the local disaster management authorities and local leaders were reported in relief and emergency management programmes. Recent research findings and experience suggests that these policies and institutional frameworks need to be reviewed to address gaps in knowledge and challenges for protection of the climate induced displacement (Barkat et al., 2003). In addition to the rehabilitation of displaced people through establishing cluster villages, the NGOs of Bangladesh have been using a number of strategies and processes to recover and distribute khas land among the landless poor; including, mobilization, identification and redistribution of khas land, legal aid, lobbying and advocacy. In the backdrop of such a situation, the Government of Bangladesh is implementing programs to rehabilitate landless people through distributing khas land including houses under Guchhogram (cluster village) and Abashan/Asrayan projects.

From the different report we found that inhabitants of Guchhogram/ Climate Victims Rehabilitation Program/ Ashrayan Project in different districts have been passing their days facing multifarious problems. The inmates of these complained that they were released in an open field where no work is available. They use to maintain their livelihood by selling labor going to distance villages. There is no arrangement of medical treatment. Every now and then the public servants come here

for making priority list in order to repair the damaged houses but never turn up.

Existing Policies, Laws and Strategies of Government of Bangladesh

However, at present, through a combination of lack of political will as well as a lack of financial and technical resources, there are currently no comprehensive mechanisms to provide support and to ensure the rights of climate displaced persons. The national policies and institutional frameworks of Bangladesh are not sufficient to protect the climate-induced displaced peoples. Bangladesh has adopted a number of laws, policies, strategies and institutional frameworks relevant to climate displacement such as The National Adaptation Programme of Action (2005), National Environment Policy 1992, coastal zone policy 2005, Bangladesh Climate Change Strategy and Action Plan 2009, The National Plan for Disaster Management, The Ashrayan Project, The Disaster Management Act (2012), The Standing Orders on Disaster (2010), The Perspective Plan of Bangladesh (2010-2021), The National Strategy for Accelerated Poverty Reduction (2005), Bangladesh Sixth Five Year Plan (2011-2015), The Bangladesh Country Investment Plan, National Agriculture Policy (2013), The National Forestry Policy (1994), The National Water Policy (1998), The National Food Policy (2006), The Coastal Development Strategy (2006), The Bangladesh Environment Conservation Act (1995), The National Housing Policy (2008), The National Urban Sector Policy (2010), The National Land Use Policy (2001), The National Rural Development Policy (2001), Disaster Management Rules (2015), Flood Response Preparedness Plan of Bangladesh (2014) etc (YPSA and DS, 2014). But there are no clear indications how population displacement problems will be addressed in these 24 policies, law, strategies, act and programmes. In addition, there are no detailed action plans with a timeframe to tackle this problem.

- Comprehensive Disaster Management Program under the Ministry of Disaster Management developed a policy strategy “National Strategy on the Management of Disaster and Climate Induced Internal Displacement” where main legal options have been taken from Peninsula Principals on Rights of Climate Displaced People developed by YPSA and Displacement Solutions
- Bangladesh Government first used about the rehabilitation of Climate displaced person word for the first time in different articles for prepared the Disaster Management Rules, 2015 and National Disaster Management Policy, 2015.
- At present Bangladesh Government has been taken the strategy for rehabilitation of climate change induced disaster affected homeless peoples under the agriculture khas land distribution program, Ashrayan-2 and other programs. During the distribution process, Govt. prioritizes the climate displaced peoples for rehabilitation.

YPSA started the rehabilitation program “One Family One House” under the Bangladesh Housing, land and Property Rights Initiative for Climate Displaced People from 2016. The rehabilitation program for climate displaced person will be done in Sitakund upazila of Chittagong. The people who lost their home and land due to climate change induced natural disaster from Sandwip upazila will be rehabilitated there in the land of Sitakund where every basic rights and services will be ensured for climate displaced person.

Finalization of National Strategy for Climate Induced internal Displacement

Being motivated by continuous advocacy from different level and different publications on Climate displacement issues, Comprehensive Disaster Management Programme of Ministry of Disaster Management finally developed the "National Strategy on the Management of Disaster and Climate induced Internal Displacement (NSMDCIID)" where this Strategy has been developed with a view to managing climate-induced internal displacement (CIID) in a comprehensive and rights-based manner. It is believed that this new comprehensive approach to displacement would ensure sustainable outcomes as it is in line with the Government's Social Development Framework (SDF) and other national and international DRR, CCA policy frameworks. Most importantly, the GoB is committed to implementing the UN Sustainable Development Goals (SDG). The Strategy is an attempt to attain the SDGs with regard to climate-induced internal displacement. Peninsula Principles on Climate Displacement within States and Displacement Solution publication “Climate Displacement in Bangladesh” guided and provided directions to develop this effective strategy.

Conclusion

Bangladesh is one of the most climate vulnerable countries on earth and is set to become even more so as a result of climate change. One of the most catastrophic effects of climate change is climate displacement – the displacement of persons from their homes and lands as a result of the effects of climate change. Although it is difficult to agree on the precise numbers of persons who will be affected by climate displacement in Bangladesh, it is clear that Bangladesh must put in place a comprehensive institutional framework in order to meet this challenge and to ensure that the rights of all climate displaced persons are protected. It is equally essential that different stakeholders in Bangladesh and in the regional and international communities contribute to ensure the implementation of a truly effective institutional framework – through financial and technical cooperation, as well as ongoing monitoring and evaluation of the legal and policy responses to climate displacement. At present, despite the proliferation of stakeholders working directly or indirectly on climate displacement in Bangladesh, it is clear that there is not yet a truly coordinated and effective institutional framework in place to respond to and plan for the challenge of climate displacement.

The challenge of climate displacement is escalating in Bangladesh and elsewhere around the world. Land lies at the core of any approach to resolving climate displacement – and the need to ensure land for the current and future millions of climate displaced persons needs to be acted on now. Governments everywhere need to urgently start planning to ensure that they will be able to provide the right institutions, policies, laws and level of resources to address the housing and land dimensions of climate displacement. Unlike many countries facing climate displacement, Bangladesh already has a system in place to distribute state-owned land to landless people. While the implementation of these laws and policies is far from perfect, with a number of key improvements, the state-owned land distribution processes in Bangladesh could provide an important component of more comprehensive solutions to finding new homes and land for those displaced by the effects of climate change. The system in Bangladesh could also provide a potentially useful model and interesting example for other countries to consider in formulating their own approach to land solutions to climate displacement.

Bangladesh has signed and is bound to respect many key international human rights treaties that provide important human rights protections to climate displaced persons, including:

- The International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (Bangladesh acceded on 5 October 1998),
- The International Covenant on Civil and Political Rights (Bangladesh acceded on 6 September 2000),
- The Convention on Elimination of All Forms of Discrimination against Women (Bangladesh acceded on 6 November 1984), and
- The Convention on Rights of the Child (Bangladesh ratified on 3 August 1990).

Further, although non-binding, Bangladesh is bound to respect the UN Guiding Principles on Internal Displacement as they reflect and are consistent with international human rights and humanitarian law. The UN Guiding Principles on Internal Displacement define an “internally displaced person” as “persons or groups of persons who have been forced or obliged to flee or to leave their homes or places of habitual residence, in particular as a result of or in order to avoid the effects of.....natural or human-made disasters, and who have not crossed an internationally recognized state border.”

Thus, the majority of persons displaced by the effects of climate change will be internally displaced persons for the purposes of the Guiding Principles. To this end, this study recommends the following 7 steps that could be taken by the Government and national, regional and international stakeholders, in order to create and implement a truly effective and coordinated response to climate displacement in Bangladesh:

- Undertake a comprehensive review of existing national laws and policies
- Design and implement rights-based national laws and policies

- Undertake a review and re-design of the existing institutional framework
- Design and implement domestic land solutions
- Increase coordination and knowledge sharing among international and regional donors
- Create an UN and NGO working group on climate displacement
- Improve coordination & communication between the Government & civil society.

Besides, following recommendations will help to proper management of displacement issues of Bangladesh :

≠ Government should ensure eight rights of displaced people, mainly humanitarian assistance (emergency period), adequate housing and shelter, land, food, water and adequate sanitation, education for school children, health care facilities, freedom of movement, choose their residential location and relocate.

≠ A policy on the protection of climate induced displaced people should be developed and implemented by the government complying with the international rights related convention and national rights based laws and policies that ensure the effective protection of climate displaced communities in Bangladesh.

≠ To deal properly with this displacement issue, Government should develop and implement a nationwide climate displacement monitoring mechanism to monitor and record all displacement as a result of the climate change induced disaster.

≠ Relocation/ rehabilitation program should be an effective, transparent and just program from the selection to allocation of housing and land to the displaced people. Government should ensure that all the persons selected are in free and fair and no political and illegal influences are there.

Coordination between Government and NGOs/development partner should be strengthen for relocation/rehabilitation of displaced people in the effective way. A joint monitoring team can be formed to oversee the entire process including the selection of displaced people.

References

Alam K, Shamsuddoha M, Tanner T, Sultana M, Huq M J and Kabir S S (2011). Planning exceptionalism? Political Economy of Climate Resilient Development in Bangladesh. Understanding the Political Economy of Low Carbon and Climate Resilient Development, IDS, UK.

Barua, DK (1997). The Active Delta of the Ganges-Brahmaputra Rivers: Dynamics of its present formations. *Marine Geodesy*, 20 (1), p. 1-12.

Barua, P, Shahjahan, M and Simperingham, E (2016). Climate Displacement in Bangladesh: Legal and Policy Responses for Rights-Based Solution. In: *Social Change*, 6 (1&2): p. 85-100.

Brown, V, Jacquier, G, Coulombier, D, Balandine, S Belanger, F (2001). Rapid assessment of population size by area sampling in disaster situations. *Disasters*, Vol. 25, p. 164–171.

Black, R, Bennett, SR, Thomas, SM, Beddington, JR (2011). Climate change: Migration as adaptation, *Nature*, p. 478, 447–449.

Barkat, A, Zaman, S & Raihan, S 2001. Political Economy of Khas Land in Bangladesh, Association for Land Reform and Development (ALRD), Dhaka.

Kazi, MBA, Molla, MH, Hossain, N, Hoshen, A, Rahman, M and Billah, M (2015). Climate Change Induced Disasters in the Southeastern Coastal Belt of Bangladesh, *Asian Journal of Water Environment*, 2 (1), p. 1-16.

Rahman, MS (2011). An evaluation of Ashrayon Project at Debidwar, Comilla in Bangladesh. Unpublished Thesis. North South University, Dhaka.

Shamsuddoha, M, Khan, MH, Raihan, S and Hossain, T (2012). Displacement and Migration from Climate Hot-spots in Bangladesh: Causes and Consequences. *Action Aid Bangladesh*, p. 36.

- Chowdhury, R K, Maruf, B U and Chowdhury, A I (2007). Impact of climate change in Bangladesh, *Journal of Coastal Zone Policy*, 45: p. 25-29.
- Foundation for the Future (2008). "What to Do About It; How to Do It". Retrieved from Executive Summary of workshop on Anthropogenic Climate Destabilization: A Worst-case Scenario.
- IPCC (2012). *Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation. A Special Report of Working Groups I and II of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Eds: Field, CB, V Barros et al.
- Ishtiaq, Asif, Mahmud, MS (2011). Migration objectives and their fulfillment: A Micro study of the rural urban migrants of the slums of Dhaka city. In: *GEOGRAFIA Online TM, Malaysia Journal of Society and Space*. Vol.7, Issue 4, p. 24-29.
- Washington Times (2009). Bangladesh fights for survival against climate change. <http://www.washingtontimes.com/news/2009/oct/18/bangladesh-fights-survival-against-climate-change/>.
- Md. Golam Rabbani (2009). Climate forced migration: A massive threat for coastal people in Bangladesh. In: *Climate Action Network, South Asia newsletter (2009)*. Bangladesh Centre for Advanced Studies, Dhaka.
- Ministry of Environment and Forest, Government of Bangladesh (2009). *Bangladesh Climate Change Strategy and Action Plan*. p. Xvii, 76p.
- Manzurul M, 2013. *South Asia's Experience in Land Reform: The Role of NGOs, the State and Donors*. Independent University Bangladesh, Dhaka
- Ministry of Disaster Management and Relief, Government of Bangladesh (2016). *Assessment Report – Joint Needs Assessment Phase 1 Report. Tropical Storm Roanu, 25 May 2016*. p. 36.
- Stern, N (2006). *Stern Review on the Economics of Climate Change*. London. October 2006
- Shamsuddoha, M, Khan, H, Raihan, S, Hossain, T, 2012. *Displacement and Migration from Climate Hot-spots in Bangladesh: Causes and Consequences*. Action Aid Bangladesh, p. 36.
- United Nations for Environment Programme (2013). *Scoping Study: The state of social housing in Bangladesh*. p. 30.
- UNFCCC (2007). *Climate Change: Impacts, vulnerabilities and adaptation in developing countries, The United Nations Framework Convention on Climate Change*.
- World Bank (2012). *Turn down the heat : why a 4°C warmer world must be avoided*.
- YPSA and Displacement Solutions (2012). *Climate Displacement in Bangladesh : The Need for Urgent Housing, land and Property Rights*, YPSA and Displacement Solutions. p. 36.
- YPSA and Displacement Solutions (2015). *Rights of Climate Displaced Persons: A Quick Guide*. p. 25.
- YPSA and Displacement Solutions (2014). *Climate Displacement in Bangladesh: Stakeholders, Laws and Policies. Mapping the Existing Institutional Framework*. p. 176p.
- YPSA and Displacement Solutions (2015). *Guidance Note: New Land for Rehabilitation of Climate Displaced Persons in Bangladesh*.

Schlussfolgerungen

Bangladesch ist eines der klimafreundlichsten Länder der Welt und wird durch den Klimawandel noch mehr an Bedeutung gewinnen. Einer der katastrophalsten Auswirkungen des Klimawandels ist die Klimaverlagerung - die Verdrängung von Personen aus ihren Häusern und Ländern durch die Auswirkungen des Klimawandels. Obwohl es schwierig ist, sich auf die genaue Zahl der Personen zu einigen, die von der Klimaverlagerung in Bangladesch betroffen sein werden, ist klar, dass Bangladesch einen umfassenden institutionellen Rahmen schaffen muss, um dieser Herausforderung gerecht zu werden und die Rechte aller Klimas zu gewährleisten. Vertriebenen sind geschützt. Ebenso wichtig ist es, dass verschiedene Stakeholder in Bangladesch und in den regionalen und internationalen Gemeinschaften dazu beitragen, dass ein wirksamer institutioneller Rahmen - durch finanzielle und technische Zusammenarbeit - sowie die laufende Überwachung und Bewertung der rechtlichen und politischen Reaktionen auf die Klimaverlagerung sichergestellt wird. Gegenwärtig ist es trotz der Verbreitung von Stakeholdern, die direkt oder indirekt auf die Klimaverlagerung in Bangladesch hinarbeiten, klar, dass es noch keinen wirklich koordinierten und wirksamen institutionellen Rahmen gibt, um auf die Herausforderungen der Klimaverlagerung einzugehen und diese zu planen.

Die Herausforderung der Klimaverlagerung eskaliert in Bangladesch und anderswo auf der Welt. Land ist der Kern eines jeden Lösungsansatzes zur Lösung der Klimaverlagerung - und die Notwendigkeit, Land für die gegenwärtigen und zukünftigen Millionen von Vertriebenen zu versorgen, muss jetzt gehandelt werden. Die Regierungen müssen überall dringend mit der Planung beginnen, um sicherzustellen, dass sie in der Lage sein werden, die richtigen Institutionen, Politiken, Gesetze und Ressourcen zur Bewältigung des Wohnraums und der Bodendimensionen der Klimaverlagerung bereitzustellen. Im Gegensatz zu vielen Ländern, in denen es um die Verschiebung des Klimawandels geht, verfügt Bangladesch bereits über ein System zur Verteilung staatlichen Landes an Landlose. Während die Umsetzung dieser Gesetze und Politiken bei weitem nicht perfekt ist und eine Reihe wichtiger Verbesserungen möglich ist, könnten die staatlichen Landverteilungsprozesse in Bangladesch einen wichtigen Bestandteil umfassenderer Lösungen für die Suche nach neuen Häusern und Land für diejenigen, die durch die Auswirkungen vertrieben werden, bereitstellen. Des Klimawandels. Das System in Bangladesch könnte auch ein potenziell nützliches Modell und ein interessantes Beispiel für andere Länder darstellen, um bei der Formulierung ihres eigenen Ansatzes für Landlösungen für die Klimaverlagerung nachzudenken.

Bangladesch hat unterzeichnet und ist verpflichtet, viele wichtige internationale Menschenrechtsverträge zu respektieren, die den Klimawandeln wichtige Menschenrechtsschutz bieten, darunter:

- Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Bangladesch ist am 5. Oktober 1998 beigetreten);
- Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Bangladesch ist am 6. September 2000 beigetreten);
- das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Bangladesch ist am 6. November 1984 beigetreten); und
- Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Bangladesch ratifiziert am 3. August 1990).

Auch wenn es unverbindlich ist, ist Bangladesch verpflichtet, die UN-Leitprinzipien für die interne Verdrängung zu respektieren, da sie im Einklang mit den internationalen Menschenrechten und dem humanitären Recht stehen. Die UN - Leitprinzipien für den Binnenvertrieb definieren eine "Binnenvertriebene" als "Personen oder Gruppen von Personen, die gezwungen oder gezwungen sind, zu fliehen oder ihre Heimat oder ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort zu verlassen, insbesondere als Folge oder im Hinblick auf Die Auswirkungen vonnatürlichen oder von Menschen verursachten Katastrophen zu vermeiden, und die nicht eine international anerkannte Staatsgrenze überschritten haben". So wird die Mehrheit der Personen, die durch die Auswirkungen des Klimawandels verdrängt werden, Binnenvertriebene für die Zwecke der Leitprinzipien sein. Zu diesem Zweck empfiehlt diese Studie die folgenden sieben Schritte, die von der Regierung und nationalen, regionalen und

internationalen Stakeholdern ergriffen werden könnten, um eine wirkungsvolle und koordinierte Antwort auf die Klimaverlagerung in Bangladesch zu schaffen und umzusetzen:

- eine umfassende Überprüfung der bestehenden nationalen Gesetze und Politiken durchzuführen
- Gestaltung und Umsetzung der Rechte-basierten nationalen Gesetze und Politiken
- eine Überprüfung und Neugestaltung des bestehenden institutionellen Rahmens durchzuführen
- Entwerfen und implementieren Sie inländische Landlösungen
- Steigerung der Koordination und des Wissensaustauschs zwischen internationalen und regionalen Gebern
- Schaffung einer UN- und NGO-Arbeitsgruppe zur Klimaverlagerung
- Verbesserung der Koordinierung und Kommunikation zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft.

Außerdem werden folgende Empfehlungen zur ordnungsgemäßen Verwaltung der Vertreibungsprobleme von Bangladesch beitragen:

≠ Regierung sollte acht Rechte der Vertriebenen, vor allem humanitäre Hilfe (Notfall-Zeitraum), angemessene Wohnung und Schutz, Land, fo zu gewährleisten

Klimawandel, Migration und Konflikte am Beispiel Ostafrika⁷

Janpeter Schilling, Juniorprofessor, Universität Koblenz-Landau

Zeitungsüberschriften wie „Auf der Flucht vor dem Klimawandel“ (Frankfurter Rundschau 2015), „Wen das Wetter vertreibt“ (Zeit 2016) oder „Klimawandel treibt mehr Flüchtlinge nach Europa“ (Welt 2015) suggerieren einen direkten Zusammenhang zwischen Klimaveränderungen und Migration. Andere Überschriften wie „Mehr Gewalt durch Klimawandel“ (Süddeutsche Zeitung 2013) oder „Geheimdienstanalyse: BND warnt vor Klimawandel-Konflikten“ (Spiegel 2013) stellen gar den Klimawandel als (direkten) Treiber von Konflikten dar.

In der Tat sind Klimawandel, Migration und Konflikte wichtige Phänomene unserer Zeit. Jedes für sich genommen ist schon komplex. Die Zusammenhänge zwischen diesen Phänomenen sind um ein vielfaches komplexer und sehr viel weniger direkt als die angeführten Überschriften vermuten lassen. Dieser Beitrag verdeutlicht einige der zentralen Zusammenhängen und Herausforderungen an Hand von zwei Beispielen aus Ostafrika. Das erste Beispiel thematisiert die Flüchtlingsbewegungen von Somalia nach Kenia und zeigt dabei die Schwierigkeit, Dürren von anderen Migrations-Treibern wie bewaffneten Konflikten zu unterscheiden. Das zweite Beispiel geht auf Auswirkungen von Klimaveränderungen auf bewaffnete Konflikte zwischen Viehhaltergruppen in Nordwestkenia ein. Zuvor wird der sogenannte Klima-Migration-Konflikt Nexus kurz beschrieben.

Abbildung 1 zeigt wie der globale Klimawandel zunächst zu lokalen Umweltveränderungen und schließlich zu einer Verschlechterung der Ressourcenverfügbarkeit führen kann.

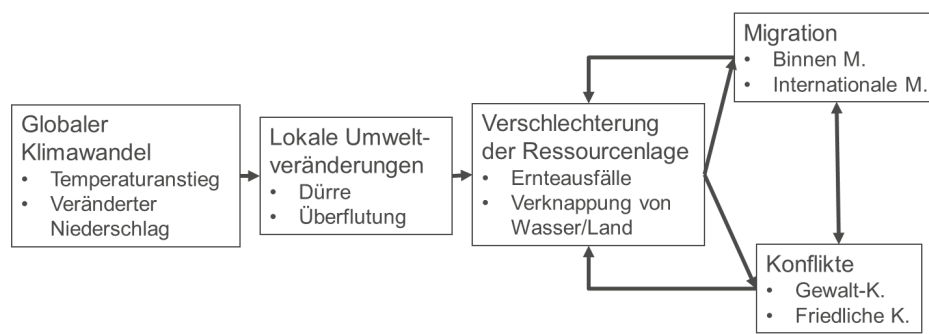


Abbildung 1: Der Klima-Migration-Konflikt Nexus (eigene Darstellung angelehnt an Scheffran et al. 2012c).

Wenn sich beispielsweise die Niederschlagsmuster so ändern, dass Landwirtschaft nur noch schwer oder überhaupt nicht mehr möglich ist, könnten Bauern die landwirtschaftliche Produktion aufgeben und innerhalb ihres Landes oder über Landesgrenzen hinweg migrieren. Je nach Ausstattung und Nutzung der Ressourcen, kann es dann zu Konflikten um Ressourcen zwischen der Gemeinden in der Zielregion und den Neuankömmlingen kommen (Scheffran et al. 2012a). Eine Änderung der Ressourcenverfügbarkeit kann auch ohne Migration bestehende Konflikte verschärfen (z.B. Schilling et al. 2014). Jedoch ist die Kooperation zwischen Akteuren eine ebenso mögliche Handlungsoption. Wissenschaftlich ist der Zusammenhang zwischen Klimawandel, Migration und Konflikten noch unzureichend verstanden. Der Großteil der Literatur geht davon aus, dass der Klimawandel ein potentieller Treiber sowohl von Migration als auch von bewaffneten Konflikten ist (Scheffran et al. 2012b). Wie stark der Einfluss der Klimawandels jedoch ausfällt, ist derzeit umstritten (Burrows and Kinney 2016). Dies liegt zum einen daran, dass die Gründe für Migration selten monokausal sind. Das heißt, dass Menschen selten aus nur einem Grund

⁷ Dies ist die vollständige schriftliche Zusammenfassung von Jun.-Prof. Janpeter Schillings Vortrag vom 17.10.2016.

migrieren und so oft mehrere sogenannte „Push-Faktoren“ parallel auftreten. Dies führt zu dem zweiten Problem: die Unterscheidung von Klima- und Umweltveränderungen von anderen Push-Faktoren wie etwa Armut, Verfolgung und Gewalt.

Dies lässt sich gut am Beispiel der Fluchtbewegungen von Somalia nach Kenia verdeutlichen. In Kenia leben gut eine halbe Million Flüchtlinge aus Somalia (UNHCR 2016). Oft werden die wiederholt auftretenden Dürren und die damit verbundenen schlechten Nahrungs- und Lebensmittelbedingungen als Grund für die Fluchtbewegungen nach Kenia angeführt (UNOCHA 2011). Abbildung 2 legt jedoch nahe, dass die Anzahl der somalischen Flüchtlinge (rosa Kurve) eher mit der Anzahl der Konflikttote in Somalia (graue Balken) zusammenhängt als mit dem Auftreten von Dürren (orange Balken). Die Darstellung ist keine wissenschaftlich belastbare Korrelationsanalyse. Dennoch zeigt Abbildung 2 das parallele Auftreten von verschiedenen Push-Faktoren.

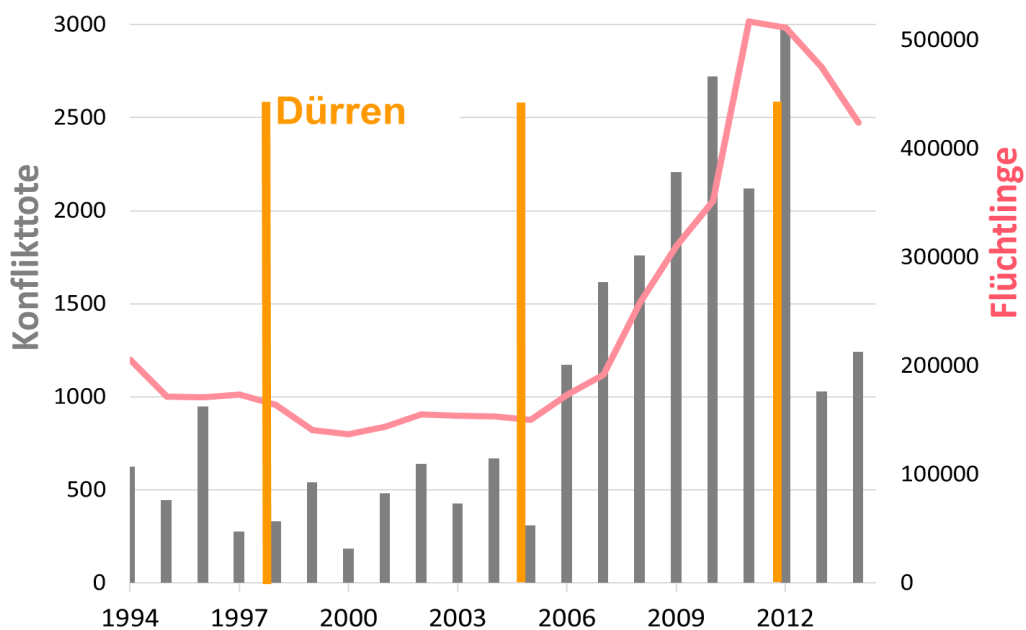


Abbildung 2: Somalische Flüchtlinge in Kenia, Dürren und Konflikttote in Somalia (eigene Darstellung von Lisa Krause und Janpeter Schilling, auf Datengrundlage von UNHCR 2016; UCDP/PRIO 2015; Reliefweb 2016, 2012, 2005)

Das zweite Beispiel geht auf die Auswirkungen von Klimaveränderungen auf bewaffnete Konflikte in Nordwest Kenia ein. Die Region ist die ärmste und am wenigsten entwickelte des Landes. Die Zentralregierung in Nairobi hat es hier bisher nicht verstanden eine Wirtschafts-, Bildungs- und Transportinfrastruktur aufzubauen. Hirtenvölker, insbesondere die Turkana und die Pokot, kämpfen hier um Vieh, Wasser und Weiseflächen. Kaum ein Monat vergeht, ohne dass bei den Kämpfen Menschen getötet oder verwundet werden (Schilling et al. 2012; Schilling 2015). Laut offiziellen Angaben kosteten die Konflikte auf dem Gebiet der Pokot und Turkana alleine 2009 mehr als sechs hundert Menschen das Leben (CEWARN 2010). Um die Ursachen des Konflikts zwischen den Turkana und Pokot besser zu verstehen, wurden die Hauptgewaltakteure, sprich die Viehdiebe zu ihren Motiven befragt (siehe Schilling et al. 2012; Schilling 2015). Die Viehdiebe auf der Seite der Pokot gaben die zu zahlende Brautsteuer (üblicherweise mehrere Duzende Schafe, Ziegen und Kamele) und eine Steigerung des eigenen Wohlstands als wichtigste Gründe für die Durchführung von Angriffen auf die Turkana an. Bei den Turkana hingegen stellten sich Hunger und Dürre als wichtigste Konfliktmotive heraus. Damit ist ein Einfluss von klimatischen Bedingungen zumindest bei einer Konfliktpartei festzustellen.

Der Konflikt zwischen den Turkana und Pokot nahm im April 2015 eine Wendung. Nach dem „Massaker von Nadome“ mit zahlreichen Toten auf beiden Seiten, wurde ein Friedensprozess sowohl von der Zentralregierung als auch von lokalen Führern gestartet. Seitdem ist es zwischen den beiden Konfliktparteien zu keinen größeren Angriffen mehr gekommen. Die gesamte Region ist sicherer geworden und es wurden die ersten Ehen zwischen Turkana und Pokot geschlossen. Durch zunehmenden Handel und eine kooperative und damit effizientere Nutzung von Wasserstellen und Weideflächen, fällt es beiden Gruppen nun leichter sich an die Dürren und veränderte Niederschlagsmuster anzupassen (eigene Beobachtung auf bisher unveröffentlichten Daten des Autors).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Klimawandel ein potentieller Treiber von Migration und ein möglicher Verstärker von Konflikten ist. Wie groß der Einfluss des Klimawandels jedoch ausfällt, ist noch kaum verstanden und derzeit umstritten. Das Beispiel der Fluchtbewegung von Somalia nach Kenia zeigt, dass es schwierig ist klimatische Veränderungen und Bedingungen von anderen Push-Faktoren wie etwa Gewaltkonflikte zu unterscheiden. Am Beispiel des Turkana-Pokot Konfliktes wird deutlich, dass der Klimawandel bestehende Konflikte verschärfen kann. Andererseits ist Frieden die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Anpassung an den Klimawandel.

Quellenangaben

Burrows, Kate, Kinney, & Patrick L. (2016). Exploring the Climate Change, Migration and Conflict Nexus. In: *International Journal of Environmental Research and Public Health*. 13(4), doi:10.3390/ijerph13040443.

CEWARN (2010). *Cewarn Country Updates: September-December 2009*. Addis Ababa. CEWARN (Conflict Early Warning and Response Mechanism).

Frankfurter Rundschau (2015). Auf Der Flucht Vor Dem Klimawandel. <http://www.fr-online.de/klimawandel/migration-auf-der-flucht-vor-dem-klimawandel,1473244,32712340.html>. Accessed 23 November 2016.

Reliefweb (2005). Djibouti: Drought - Apr 2005. <http://reliefweb.int/disaster/dr-2005-000061-dji>. Accessed 23 November 2016.

Reliefweb (2012). Horn of Africa Crisis: 2011-2012. <http://reliefweb.int/disaster/dr-2011-000029-ken>. Accessed 23 November 2016.

Reliefweb (2016). Somalia: Drought 2015-2016. <http://reliefweb.int/disaster/dr-2015-000134-som>. Accessed 23 November 2016.

Scheffran, Jürgen, Brzoska, Michael, Kominek, Jasmin, Link, P. Michael, & Schilling, Janpeter (2012a). Climate Change and Violent Conflict. In: *Science*, 336(6083), 869-871, doi:10.1126/science.1221339.

Scheffran, Jürgen, Brzoska, Michael, Kominek, Jasmin, Link, P. Michael, & Schilling, Janpeter (2012b). Disentangling the Climate-Conflict Nexus: Empirical and Theoretical Assessment of Vulnerabilities and Pathways. In: *Review of European Studies*. 4(5), 1-13.

Scheffran, Jürgen, Link, Peter Michael, & Schilling, Janpeter (2012c). Theories and Models of Climate-Security Interaction: Framework and Application to a Climate Hot Spot in North Africa. In: Scheffran, J., Brzoska, M., Brauch, H. G., Link, P. M., & Schilling, J. (Eds.). *Climate Change, Human Security and Violent Conflict: Challenges for Societal Stability*. Berlin, Springer, p. 91-131.

Schilling, J, Opiyo, FEO, & Scheffran, J (2012). Raiding Pastoral Livelihoods: Motives and Effects of Violent Conflict in North-Western Kenya. *Pastoralism: Research, Policy and Practice*, p. 2, 25.

Schilling, Janpeter (2015). Verschärft der Klimawandel Konflikte in Kenia? In: Bongard, C., & Klasen, R. (Eds.). *Wie Der Klimawandel Konflikte Anheizt*. Köln, Forum Ziviler Friedensdienst.

Schilling, Janpeter, Akuno, Moses, Scheffran, Jürgen, & Weinzierl, Thomas (2014). On Raids and Relations: Climate Change, Pastoral Conflict and Adaptation in Northwestern Kenya. In: Bronkhorst, S., & Bob, U. (Eds.). *Climate Change and Conflict: Where to for Conflict Sensitive Climate Adaptation in Africa?* Berlin, Berliner Wissenschaftsverlag, p. 241-268.

Spiegel (2013). Bnd Warnt Vor Klimawandel-Konflikten. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/geheimdienst-analyse-bnd-warnt-vor-klimawandel-konflikten-a-931290.html>. Accessed 23 November 2016.

Süddeutsche Zeitung (2013). Mehr Gewalt Durch Den Klimawandel. <http://www.sueddeutsche.de/wissen/konfliktforschung-mehr-gewalt-durch-den-klimawandel-1.1736542>. Accessed 12 November 2016.

UCDP/PRIO, Uppsala Conflict Data Program/Peace Research Institute Oslo (2015). Ucdp/Prio Armed Conflict Dataset Codebook Version 4-2015. <http://ucdp.uu.se/downloads/>. Accessed 26 April 2016.

UNHCR, United Nations High Commissioner for Refugees (2016). *Global Trends - Forced Displacement in 2015*. Geneva: UNHCR.

UNOCHA, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2011). *Somalia: Extreme Concern over the Deteriorating Drought Situation*. <http://www.unocha.org/top-stories/all-stories/somalia-extreme-concern-over-deteriorating-drought-situation>. Accessed 18 August 2011.

Welt (2015). Klimawandel Treibt Mehr Flüchtlinge Nach Europa. <https://www.welt.de/wissenschaft/umwelt/article139965901/Klimawandel-treibt-mehr-Fluechtlinge-nach-Europa.html>. Accessed 12 November 2016.

Zeit (2016): Wen Das Wetter Vertreibt. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-12/flucht-klimawandel-klimafluechtling-migration-kleinbauer>. Accessed 12 November 2016.

Das Entwicklungsforum Bangladesh e.V.

Das Entwicklungsforum Bangladesh e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Hamburg, der sich mit Fragen und Problemen der Entwicklungspolitik auseinandersetzt. Zu den Aktivitäten gehören unter anderem die Veranstaltung von Seminaren und Treffen zu entwicklungspolitischen Themen, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und die Förderung von Entwicklungsprojekten. Durch diese entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit möchte der Verein das Wissen der deutschen Bevölkerung über die Probleme der Menschen in Entwicklungsländern erweitern. Ebenso möchte das EFB in Organisationen, Institutionen, Politik und Wirtschaft eine zunehmende Aufmerksamkeit und ein Engagement für Entwicklungsproblematiken erreichen.

Veranstaltungen in Hamburg von 2003 bis 2015

- 2003 - Die soziopolitische und ökonomische Lage in Bangladesch
 - Lage der Frauen in Bangladesch
- 2004 - Islam und Demokratie
 - Globalisierung und Bangladesch
 - Bangladesch 2004: Bildung, Wirtschaft, Gesundheit und Kultur
- 2005 - Die Halbierung der Armut in den Entwicklungsländern
 - Umwelt und Entwicklung in den Entwicklungsländer
 - Bangladesch: Land und Menschen, Geschichte und Kultur
- 2006 - Demokratie und Fundamentalismus
 - Kredit für Taslima (Theaterstück)
- 2007 - Muhammad Yunus und die Grameen Bank
 - Mensch, Klima und Umwelt
 - Globalisierung und Zivilisationskonflikte
- 2008 - Megastädte und Landflucht
- 2009 - Die Finanzkrise und die Entwicklungsländer
 - Nahrung als Menschenrecht: Die Nahrungsmittelkrise in den Entwicklungsländern
 - Schulprojekt „Mohammed Yunus und Grameen Bank“
 - Die Bildungssituation von Jugendlichen in Entwicklungsländern
- 2010 - Die Gesichter des Klimawandels
 - Demokratieprozess in Bangladesch: Probleme und Chancen
 - Demokratieentwicklung in Südasien
 - Die Finanzkrise und die Lage der Textilarbeiterinnen in Bangladesch
- 2011 - Energie und nachhaltige Entwicklung in Südasien
 - Medien und Gesellschaft in Entwicklungsländern
- 2012 - Tagore – Leben und Werk des bengalischen Dichters und Philosoph-Bildung und
 - Beschäftigung der Jugendlichen in Bangladesch
 - Jugendliche in Entwicklungsländern
 - Die Bildungssituation der Jugendlichen in Bangladesch im Vergleich mit Deutschland
- 2013 - Jubiläumsveranstaltung „10 Jahre Entwicklungsforum Bangladesh e.V.“
 - Wie viele Menschen trägt die Erde? Im Fokus: Bangladesch
- 2014 - Good Governance und nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern
 - Arbeitsbedingungen auf dem Welttextilmarkt. Im Fokus: Bangladesch
- 2015 - Nelson Mandela: Ein Leben für Freiheit, Frieden und Versöhnung
 - Von den Milleniumszielen (MDGs) zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs)
 - Digitales Bildungsprojekt für die Jugendliche in Bangladesch
- 2016 - Klimapolitik in den Entwicklungsländern nach der Klimakonferenz von Paris 2015